

**DIPLOMATIC COUNCIL ANALYSE**

# **Post Corona Report 2020**

**Ergebnisse einer gemeinsamen Umfrage des Diplomatic Council und des DC Firmenmitglieds UnitedInterim unter 123 Unternehmen und Führungskräften in Deutschland, Österreich und der Schweiz (DACH).**

## **Hintergründe zum Diplomatic Council**

Das Diplomatic Council (DC) verknüpft einen globalen Think Tank, ein Business Network und eine Charitable Foundation in einer einzigartigen Organisation mit Beratungsstatus bei den Vereinten Nationen. Unsere Mitglieder vertreten die feste Überzeugung, dass Wirtschaftsdiplomatie ein tragendes Fundament für die internationale Völkerverständigung und den friedlichen Umgang der Nationen miteinander darstellt.

### ***Globaler Think Tank***

Das Diplomatic Council hat bei den Vereinten Nationen den höchsten Status zugesprochen bekommen, der für eine Nicht-Regierungsorganisation erreichbar ist: den akkreditierten Beratungsstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO. Damit dürfen sich unsere Mitglieder mit Fug und Recht als „Berater der Vereinten Nationen“ bezeichnen. Sie können auf Wunsch an Sitzungen der UNO teilnehmen, teilweise sogar mit Rederecht. Es gibt wohl kaum eine höhere Kontaktebene als UNO-Konferenzen, um mit den „richtigen Leuten“ ins Gespräch zu kommen. Zudem können unsere Mitglieder über Eingaben bei der UNO ihren Anliegen Gehör verschaffen. Jedes Mitglied erhält eine Statuskarte, eine Ehrennadel und ein Siegel „Trusted Member“, um sich persönlich, in der E-Mail-Signatur, auf der Webseite usw. als Diplomatic Council auszuweisen.

### **Weltweites Business Network**

Etwa 20 Prozent der Mitglieder sind Botschafter; und diese fungieren gerne als „door opener“ für ihre Kolleginnen und Kollegen im Diplomatic Council. Darüber hinaus ist durch eine sorgfältige Auswahl bei der Aufnahme neuer Mitglieder aus Wirtschaft und Gesellschaft ein ausnehmend hohes Niveau im Netzwerk gewährleistet. Jeder Aufnahmeantrag bedarf der Unterstützung durch einen Bürgen, der bereits Mitglied ist, wie beispielsweise UnitedInterim für die auf seiner Plattform offiziell registrierten Interim Manager. Viele Mitglieder verbindet eine jahrelange vertrauensvolle Freundschaft. In diesem Sinne ist unser Netzwerk des Vertrauens ein weit über gute Geschäfte hinausgehender Verbund gleichgesinnter kluger Köpfe.

### ***Charitable Foundation***

Das Diplomatic Council ist als *not-for-profit* in zahlreichen Ländern anerkannt. In Deutschland hat die Diplomatic Council Foundation die Anerkennung als gemeinnützige Organisation gemäß §52 Abgabenordnung. Die Spendengelder werden für Bildungsprogramme für Kinder und Jugendliche verwendet, denn die Übernahme von Verantwortung für die nächste Generation ist allen Mitgliedern des Diplomatic Council eine Ehre.

Weitere Informationen finden sich unter [www.diplomatic-council.org/de](http://www.diplomatic-council.org/de)

### **Danksagung an UnitedInterim**

Für den hier vorliegenden Report bedankt sich das Diplomatic Council bei UnitedInterim für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit bei der Durchführung der dem Bericht zugrunde liegenden Umfrage. UnitedInterim, langjähriges Firmenmitglied im Diplomatic Council, ist ein führender spezialisierter Dienstleister für den digitalen Eigenvertrieb professioneller Interim Manager. UnitedInterim versteht sich als eine offene Plattform, über die Geschäft zustande kommen und Kosten gesenkt werden für alle beteiligten Parteien: für die anbietenden Projekt- und Interim Manager, die nachfragenden Unternehmen und die Interim-Provider.

## Umfrage unter Managern und Unternehmern

Das Diplomatic Council (DC) hat gemeinsam mit dem DC Firmenmitglied United Interim eine Umfrage zu den wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Folgen der Coronavirus-Pandemie im deutschsprachigen Raum (Deutschland, Österreich, Schweiz; DACH) durchgeführt. An der Umfrage haben sowohl DC Mitglieder als auch bei UnitedInterim offiziell durch Registrierung und Prüfung qualifizierte Interim Manager teilgenommen. Qualifizierte Interim Manager sitzen ebenso wie viele Mitglieder des Diplomatic Council in Unternehmen vom Mittelstand bis zur Konzernwelt quer durch alle Branchen sowie in Ministerien und Behörden nahe an den Schalthebeln der Macht und können die wirtschaftliche und politische Lage daher überdurchschnittlich gut beurteilen. Die Umfrage wurde bei 123 vollständig beantworteten Fragebögen beendet. Die Ergebnisse sind im hier vorliegenden Bericht dokumentiert.

Der daraus entstandene „Post-Corona Report 2020“ gibt einen Überblick über die Erwartungen von Unternehmern und Führungskräften an die weitere Entwicklung in der Pandemie und vor allem die Zeit danach mitten aus der Krise heraus (Sommer 2020).

Der „Post-Corona Report 2020“ ist Teil einer umfassenden Reihe mit dem Titel „Post Corona“, die Überlegungen zu den Auswirkungen der Pandemie auf die Zeit nach Corona umfasst. In dieser Reihe, die ausschließlich den Mitgliedern des Diplomatic Council vorbehalten ist, wird die gesamte Dekade der 2020er Jahre bis 2030 und teilweise sogar darüber hinaus in Augenschein genommen. Alle Aussagen sind sorgfältig recherchiert und dokumentiert. Dennoch ist die Reihe nicht etwa als „finale Dokumentation“ konzipiert, sondern als Diskussionsstoff, als Anregungen für eigene Gedanken, als Leitfaden für selbstständiges Denken und Handeln.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieses Analysebulletins darf ohne schriftliche Genehmigung des Diplomatic Council in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

Die Wiedergabe von Warenbezeichnungen, Handelsnamen oder sonstigen Kennzeichen in diesem Analysepapier berechtigt nicht zu der Annahme, dass diese von jedermann frei benutzt werden dürfen. Vielmehr kann es sich auch dann um eingetragene Warenzeichen oder sonstige gesetzlich geschützte Kennzeichen handeln, wenn sie nicht eigens als solche markiert sind. Sämtliche Inhalte in diesem Bulletin müssen nicht automatisch der Meinung und Ansicht des Diplomatic Council oder seiner Mitglieder entsprechen. Vielmehr geht es darum, unterschiedliche Blickwinkel einzunehmen, konträre Ansichten zu Wort kommen zu lassen und ein Meinungsspektrum widerzuspiegeln. Das bedeutet allerdings nicht, Falschdarstellungen Raum einzuräumen. Fakten lassen sich in vielfältiger Weise interpretieren, aber „alternative Fakten“ sind gar keine Fakten.

Alle Analysebulletins des Diplomatic Council werden sorgfältig erarbeitet. Dennoch übernimmt das Diplomatic Council in keinem Fall einschließlich der vorliegenden Analyse für die Richtigkeit von Angaben, Hinweisen und Ratschlägen sowie für eventuelle Druckfehler irgendeine Haftung.

## INHALTSVERZEICHNIS

Diplomatic Council .....	2
Danksagung an UnitedInterim .....	3
Umfrage unter Managern und Unternehmern .....	4
Analysereihe „Post Corona – Die Welt nach der Katastrophe“ .....	7
Wirtschaftskatastrophe .....	7
Eine historische Zäsur .....	8
Gute DACH Regierungen .....	9
Das Versagen der internationalen Institutionen .....	12
Traditionelle Medien mit hoher Zustimmung .....	15
Rezession in Wellen voraus .....	18
Erst ab 2022 wieder Aufatmen .....	19
Gewinner und Verlierer: Branchenübersicht .....	21
Schöne neue Welt .....	28
Billionenwirtschaft und die Folgen .....	36
Folgen für das Management .....	38
Geopolitische Gewinner und Verlierer .....	41
Die nächste Katastrophe .....	44
Optimismus überwiegt .....	47
Schwarzer Schwan voraus .....	47
Ausblick .....	49

## **Analysereihe „Post Corona – Die Welt nach der Krise“**

Das Jahr 2020 steht für die erste und bislang größte globale Katastrophe der Menschheit im 21. Jahrhundert. In der Pandemie wandeln sich Demokratien in atemberaubender Geschwindigkeit zu Herrschaftsstaaten, in denen die Regierungen den Bürgern so schnell so viele Freiheitsrechte wegnehmen, dass das Wort von der „Corona-Diktatur“ die Runde macht. Grundrechte wie etwa die Versammlungsfreiheit oder das Recht, sich mit Personen seiner Wahl zu treffen, werden über Nacht abgeschafft. Die Pandemie hat unsere Welt nachhaltig verändert und es ist absehbar, dass wir nach der Krise nicht einfach da weitermachen werden, wo wir davor standen.

Die Folgen der Coronakrise werden eine ganze Generation, nennen wir sie die 2020er Generation, beschäftigen. Die Dekade 2020 bis 2030 wird durch gravierende Veränderungen gekennzeichnet sein. Einige dieser Entwicklungen haben sich schon lange vor dem Jahr 2020 abgezeichnet, werden durch die aktuelle Situation jedoch in einer zuvor nie dagewesenen Art und Weise beschleunigt. Andere Entwicklungen scheinen wie aus dem Nichts entstanden zu sein; dazu gehört die Geschwindigkeit, mit der Regierungen das Zepter des Handelns an sich gerissen haben und über unseren Alltag verfügen.

In der Analysereihe „Post Corona – Die Welt nach der Krise“ werden diese mutmaßlichen Veränderungen auf den unterschiedlichen Feldern aufgezeigt. Im vorliegenden Report stehen die wirtschaftlichen und die wirtschaftspolitischen Entwicklungen anhand der an anderer Stelle beschriebenen Umfrage im Mittelpunkt.

### **Wirtschaftskatastrophe**

Der Lockdown, die Radikalabschaltung praktisch allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens im Frühjahr 2020, führte zu einer Art Kernschmelze der Wirtschaft. Schon in den ersten zwei Wochen nach Beginn des historisch einmaligen Shutdown der gesamten Volkswirtschaft meldeten in Deutschland beinahe eine halbe Million Unternehmen Kurzarbeit an. Mit Soforthilfen und Wiederaufbaupaketen versucht die Bundesregierung gegenzusteuern.

Die Corona-Pandemie wird Deutschland allein für die Ausgaben im eigenen Land mit Stand Sommer 2020 bis zu 1,8 Billionen Euro Staatshilfen kosten – und ist damit teurer als die Wiedervereinigung. Hinzu kommt mutmaßlich ein Großteil der

von Deutschland und Frankreich zugesagten insgesamt rund 3 Billionen Euro für die Europäische Union. Jedes für sich ist bereits eine historische Dimension.

Im Nachbarland Österreich führte das Experiment, eine Volkswirtschaft „mal eben“ abzuschalten, binnen eines Monats zum höchsten Arbeitslosenstand seit 1946. In der Schweiz rutschte die Wirtschaftsleistung je nach Branche bis zu 30 Prozent nach unten. Vor allem die Kettenreaktionen richteten zuvor unvorstellbare Schäden an. Produktionsnetzwerke kollabieren, Lieferketten reißen, Tausende von Mittelständlern, Kleinbetrieben, Selbstständigen und Freiberuflern sind auf dem Weg in die Insolvenz – alles als direkte Folge der Quarantäne-Ökonomie. Jeder Ausfall multipliziert sich über alle anderen davon Betroffenen.

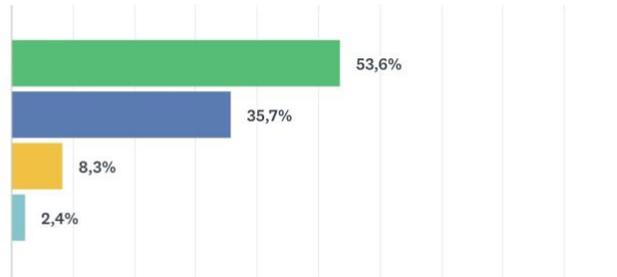
Alle Bemühungen während der Pandemie sind darauf ausgerichtet, so rasch wie möglich in die Prä-Corona-Zeit zurückzukehren. Motto „Wir werden die Krise überstehen und danach so weitermachen wir zuvor“. Andere sprechen schon heute von einer historischen Zäsur, dem Beginn einer neuen Epoche. Spätere Zeitgenossen haben zu entscheiden, ob das Jahr 2020 als die größte gesundheitliche, die größte wirtschaftliche oder die größte menschliche Katastrophe in die Geschichtsbücher eingehen wird.

### **Eine historische Zäsur**

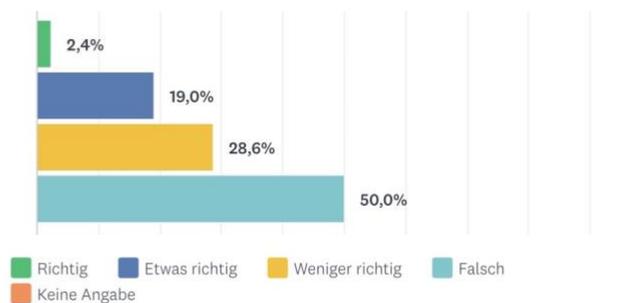
Die Pandemie des Jahres 2020 stellt eine historische Zäsur dar, sind 90 Prozent der Führungskräfte und Unternehmer, die an der Umfrage des Diplomatic Council (DC) mit dem DC Firmenmitglied UnitedInterim teilgenommen haben, überzeugt. Deutlich mehr als drei Viertel (79 Prozent) der Befragten gehen nicht davon aus, dass das Leben nach der Pandemie so weitergehen wird wie bisher. Nicht einmal 3 Prozent glauben an ein unverändertes „weiter so“.

Welche Aussagen über die Folgen der Pandemie sind richtig:

Die Pandemie ist eine Zäsur. Danach wird vieles anders sein:



Nach der Pandemie wird das Leben so weitergehen wie vorher:



## Gute Regierungen in DACH

Die Regierungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz haben gut oder sogar sehr gut auf die Pandemie reagiert, meint die Mehrheit der von Diplomatic Council und UnitedInterim Befragten in allen drei Ländern.

In Deutschland vergeben auf einer Schulnotenskala von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend) 58 Prozent der Befragten die Note 1 oder 2. Die überwältigende Mehrheit von 87 Prozent vergibt sogar eine 1, 2 oder 3, also sehr gut, gut oder befriedigend. Lediglich etwas mehr als ein Zehntel (11 Prozent) stufen die Arbeit der Regierung als mangelhaft oder ungenügend (Schulnoten 5 oder 6 ein). Knapp 90 Prozent wertet den Umgang der Bundesregierung mit der Pandemie somit als ausreichend, befriedigend, gut oder sogar sehr gut.

In Österreich vergibt eine knappe Mehrheit von 51 Prozent an die Regierung auf der Schulnotenskala von 1 bis 6 die Note 1 oder 2, stuft die Regierungsarbeit in der Pandemie somit als sehr gut oder gut ein. 88 Prozent halten den Umgang der Regierung mit der Krise immerhin noch für befriedigend oder besser. Zählt man die Antworten auf die Schulnoten von 1 bis 4 (also von sehr gut bis ausreichend)

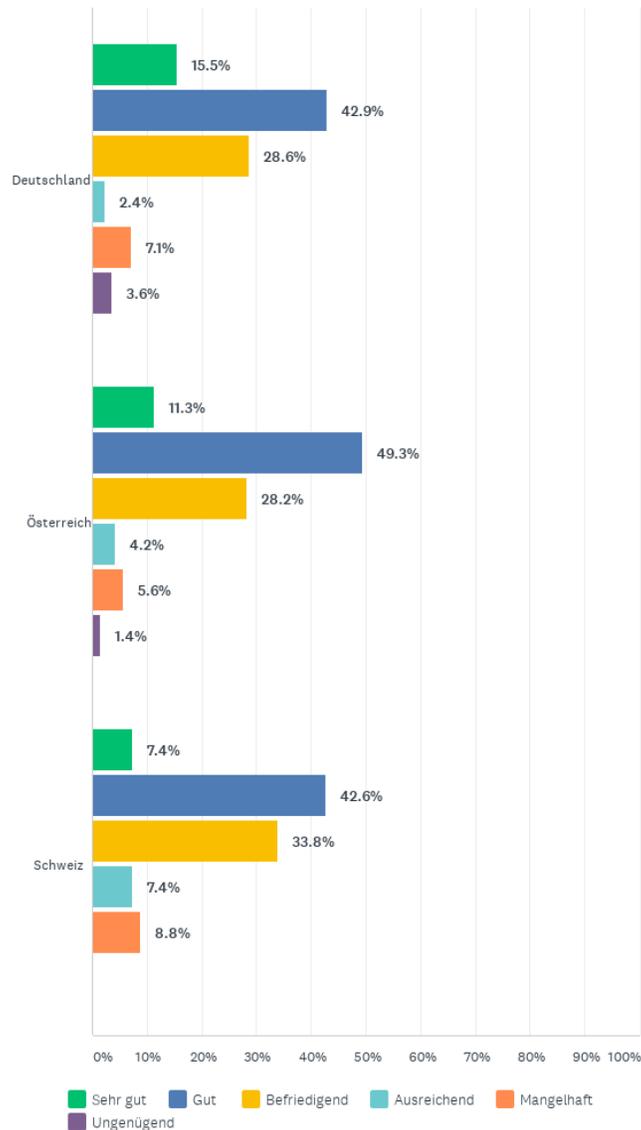
zusammen, ergibt sich eine rechnerische Mehrheit von 93 Prozent. Lediglich 7 Prozent bescheinigen der österreichischen Regierung ein mangelhaft (Note 5) oder ungenügend (Note 6).

In der Schweiz hat die Umfrage eine Zustimmung zur Regierungsarbeit in der Pandemie auf der Schulnotenskala von 1 bis 6 mit gut oder sehr gut von genau 50 Prozent zutage gefördert. Zählt man die Vergaben für die Noten 1 bis 3, also von sehr gut bis befriedigend zusammen, errechnet sich eine Zustimmung von 84 Prozent zum Regierungshandeln. Bezieht man die Note 4 (ausreichend) mit ein, ergibt sich eine rechnerische Mehrheit von 91 Prozent. Knapp 9 Prozent bewerten die Schweizer Regierung als mangelhaft (Note 5), nicht ein einziger vergibt ungenügend (Note 6).

Beim Vergleich fällt auf, dass die Regierung in der Bundesrepublik Deutschland mit knapp 16 Prozent am häufigsten mit der Note 1, also sehr gut, bewertet wird. In Österreich liegt diese bestmögliche Zustimmungquote bei 11 Prozent, in der Schweiz bei nur 7 Prozent. Zieht man die Noten 1 und 2 zusammen, schneidet Österreich am besten ab mit 61 Prozent Zustimmung, gefolgt von Deutschland mit 58 Prozent und der Schweiz mit 50 Prozent.

Fazit: In allen drei Ländern wird das Krisenmanagement überwiegend positiv gesehen. Damit können sich Deutschland, Österreich und die Schweiz glücklich schätzen, wenn man das Krisenmanagement mit dem Vorgehen in vielen anderen Ländern vergleicht. Die Ausgangsposition der Länder rund um den Globus war naturgemäß unterschiedlich, doch die Herausforderung – Schutz der Bevölkerung vor dem unsichtbaren Angreifer – ist erstmals in der Geschichte der Menschheit weltweit einheitlich. Es ist ungefähr so, als ob alle Regierungen ein- und dasselbe Rätsel zu lösen hätten. In diesem weltweiten Wettbewerb zeigt sich überdeutlich: Es kommt entscheidend auf die politische Führung an; eine Erkenntnis, die über die Krise hinaus Bestand haben wird.

F1 Für den Umgang der Regierung mit der Pandemie vergebe ich folgende Note (Schulnoten 1= sehr gut, 6= ungenügend)



Während zahlreiche Länder wie Großbritannien oder die USA eine monatelange Phase des Leugnens durchmachten und dabei wertvolle Zeit vertan, stellte etwa die deutsche Kanzlerin von Anfang an klar: Die Sache ist ernst. Wir müssen sie ernst nehmen. Und die Bevölkerung ist aufgerufen, das Virus ebenfalls sehr ernst zu nehmen.<sup>1</sup>

Mit dieser klaren politischen Führung trug die Bundesregierung trotz möglicher Mängel bei der Umsetzung maßgeblich dazu bei, die tödlichen Folgen der Pan-

demie deutlich niedriger zu halten gegenüber vergleichbaren Ländern wie Italien, Spanien oder Großbritannien. Ähnlich entschlossen und erfolgreich handelten nur wenige Regierungschefs rund um den Erdball wie Jacinda Ardern (Neuseeland), Tsai Ing-wen (Taiwan), Katrín Jakobsdóttir (Island), Sanna Marin (Finnland), Erna Solberg (Norwegen) und Mette Frederiksen (Dänemark).

Wieviel anders reagierte hingegen das Gros der Führungselite dieser Welt? China leugnete wochenlang die Virus-Gefahr, der neu ernannte britische Premier Boris Johnson besuchte Pubs, um Normalität zu demonstrieren<sup>2</sup>. Donald Trump veranstaltet eine politische „Corona-Show“, in der er sich einmal als Mann, der das Virus beherrscht, und ein andermal als Feldherr inszeniert, sich auf jeden Fall aber die „allumfassende Macht“ einräumt.<sup>3</sup>

Indiens Premier Narendra Modi verordnet 1,3 Milliarden Indern eine wochenlange Ausgangssperre ohne einen Plan zu haben, wie die Bevölkerung während des Lockdowns an Nahrungsmittel und Trinkwasser kommen sollte.<sup>4</sup> Russlands Präsident Wladimir Putin schien zu Anfang der Pandemie geradezu vom Erdboden verschluckt zu sein. Soweit er sichtbar wurde, signalisierte er monatelang Normalität, als ob nichts wäre. Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban nutzte die Pandemie in erster Linie dafür, seine eigene politische Macht durch ein Notstandsgesetz, das eine „erzwungene parlamentarische Pause“ vorsieht, über die Krise hinaus zu zementieren.<sup>5</sup> Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu regierte per Notdekret ohne Kontrolle des Parlaments und handelte sich damit den Vorwurf ein, die „erste Corona-Diktatur“ errichtet zu haben.<sup>6</sup>

## **Das Versagen der internationalen Institutionen**

Der Multilateralismus ist nicht erst seit 2020 stark gefährdet. Seitdem die USA schon seit 2016 mit einer rigorosen America-First-Politik das Primat des Nationalstaats ausgerufen haben, sind viele andere Länder gefolgt. In Europa hat die seit 2015 schwelende Flüchtlingskrise schon lange die Einheit der EU gefährdet. Die Pandemie hätte ein heilsamer Schock sein können, doch stattdessen hat sie zu Zerwürfnissen allenthalben geführt.

Die Welt scheint sich auf den Weg gemacht zu haben, nationaler, egoistischer und gefährlicher zu werden. In der Dekade der 2020er und mutmaßlich auch darüber hinaus zeichnet sich das Recht des Stärkeren ab. Das Handeln der Vereinten Nationen (UNO), der zur UNO gehörenden Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Europäischen Union (EU) in der Pandemie stehen beispielhaft für das

zunehmende Versagen des Multilateralismus. Die UNO hat sich nicht einmal auf eine Resolution einigen können, dazu aufzurufen, die zahlreichen Kriege auf der Erde während der Pandemie ruhen zu lassen.<sup>7</sup> Die WHO wurde am 31. Dezember 2019 über das neuartige Virus informiert, erklärte aber erst am 11. März 2020 die weltweite Corona-Ausbreitung zu einer Pandemie.<sup>8</sup>

Eine Woche später, am 18. März, appellierte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer ersten Fernsehansprache: „Es ist ernst. Nehmen Sie es auch ernst.“ Das hätte man besser Anfang des Jahres schon getan.<sup>9</sup> In Europa ging die neue Nationalstaatlichkeit seit Anfang 2020 einher mit einer unübersehbaren Führungsschwäche in der EU. Das wurde im Frühjahr 2020 anhand weltweiter Todeszahlen überdeutlich. Viel zu lange hatten die europäischen Staaten die Logik des exponentiellen Wachstums, das für Seuchen charakteristisch ist, ignoriert. Das Ergebnis sah man anhand der traurigen Liste der Länder, die auf 100.000 Einwohner gerechnet die meisten Corona-Toten hatten: Auf den ersten zehn Plätzen standen im April 2020 ausschließlich europäische Staaten.<sup>10</sup>

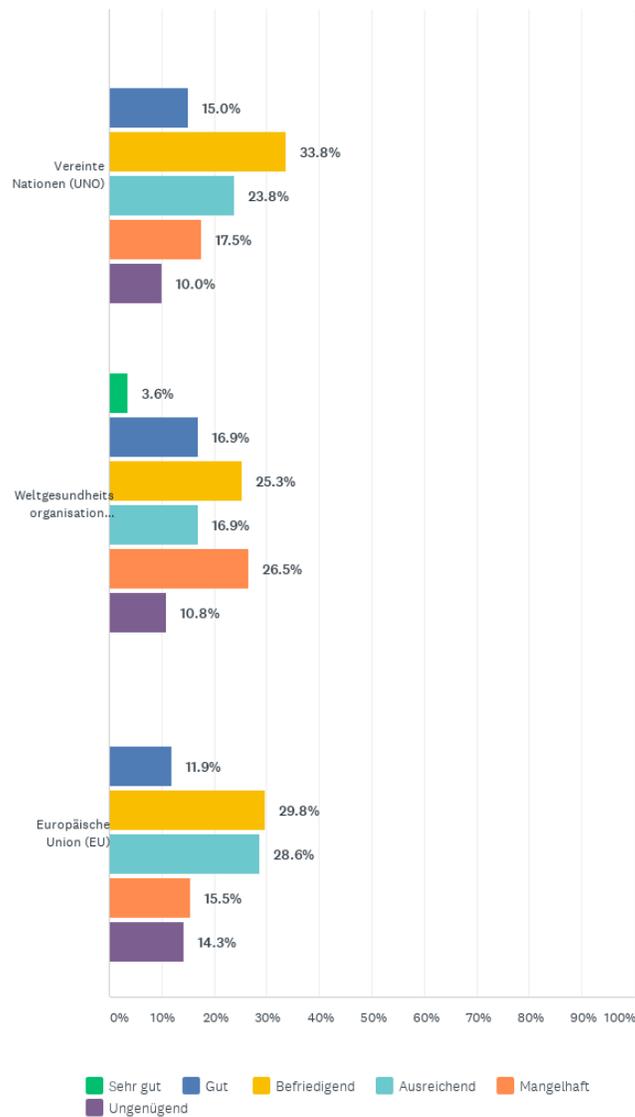
Während die von Diplomatic Council und UnitedInterim durchgeführte Umfrage den nationalen Regierungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz ein überwiegend positives Bild ausstellt, kommen die internationalen Institutionen auffallend schlecht dabei weg. Den Vereinten Nationen (UNO), der zur UNO gehörenden Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Europäischen Union (EU) schreiben die Befragten in Schulnoten ausgedrückt bestenfalls eine 3, überwiegend jedoch eine 4, 5 oder gar 6 ins Zeugnis. Die UNO und die EU werden von keinem einzigen der Befragten mit der Note 1 bewertet, die WHO nur von knapp 4 Prozent. Lediglich 15 Prozent stellen der UNO ein gut aus, 12 Prozent der EU. Ein gutes Fünftel bewerten die WHO mit gut oder sehr gut.

Zählt man die Vergaben für die Noten 1 bis 3, also von sehr gut bis befriedigend, zusammen, ergeben sich für die UNO immerhin 49 Prozent, für die WHO 46 Prozent und für die EU 42 Prozent.

Anders formuliert: Über die Hälfte stuft die Arbeit dieser drei internationalen Institutionen in der Coronakrise mit der Note 4 oder schlechter ein. Mehr als ein Viertel (28 Prozent) bewerten die UNO mit mangelhaft oder ungenügend; bei der für eine Pandemie zuständigen Weltgesundheitsorganisation liegt dieser Anteil sogar bei deutlich über einem Drittel (37 Prozent). 30 Prozent testieren der Euro-

päischen Union einen mangelhaften oder ungenügenden Umgang mit der Pandemie.

F2 Für den Umgang der Regierung mit der Pandemie vergebe ich folgende Note (Schulnoten 1= sehr gut, 6= ungenügend)

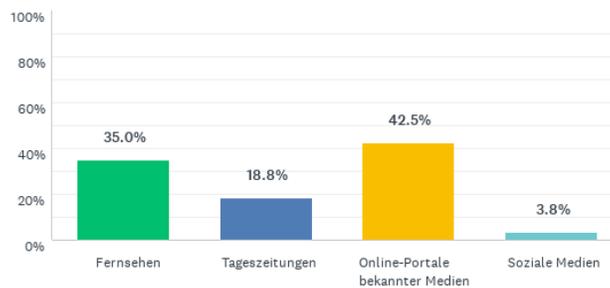


### Traditionelle Medien mit hoher Zustimmung

„Welche Medien haben sich in der Pandemie gewährt“ war eine wesentliche Fragestellung der aktuellen Untersuchung. Die Antwort fällt vor allem für eine Kategorie eindeutig aus: die sozialen Medien haben weitgehend versagt. Die mit 42 Prozent häufigste Zustimmung erhalten die Online-Portale bekannter Medien

wie etwa *Spiegel Online* oder *FAZ Online*. An zweiter Stelle liegt das gute alte Fernsehen mit 35 Prozent Zustimmung. Den dritten Platz belegen die traditionellen Tageszeitungen mit 19 Prozent. Die Sozialen Medien bringen es lediglich auf knapp 4 Prozent. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass es sich bei den Befragten überwiegend um gestandene Manager und Unternehmer handelt; bei einer Jugendgruppe wären die sozialen Medien mutmaßlich besser weggekommen.

F3 Folgende Medien haben sich in der Pandemie bewährt:



Die Coronavirus-Krise erweist sich als ein klares Indiz dafür, dass die sogenannten „Mainstream-Medien“ deutlich besser sind als ihr Ruf. Man mag die politischen Entscheidungsträger und die Medien, die darüber berichtet haben, in unzähligen Details kritisieren. Das ändern jedoch nichts daran, dass die politischen Entscheidungen und deren Vermittlung durch die klassischen Medien im Großen und Ganzen entscheidend zur Eindämmung beigetragen haben. Mindestens 1,5 Meter Abstand halten, gründlich Händewaschen und Verständnis für den Lockdown, also die Schließung beinahe aller Geschäfte und Gaststätten sowie Absage aller Veranstaltungen – das war immer und immer wieder auf allen klassischen Kanälen zu lesen, zu hören und zu sehen. Und über 90 Prozent der Menschen im deutschsprachigen haben es verstanden und überwiegend akzeptiert. Die Mainstream-Medien haben funktioniert und letztlich vielen Menschen das Leben gerettet, um es etwas drastisch zuzuspitzen.

Hingegen tummeln sich in den sozialen Medien vor allem die Besserwisser, selbsternannten Experten, sogenannten Publizisten und Verschwörungstheoretiker jedweder Couleur. Mit Bezug auf vermeintlich seriöse Quellen verbreiten sie ihre feste Überzeugung, dass Corona gar nicht so schlimm sei, wohl aber die Maßnahmen zur Bekämpfung der Seuche. Zitiert werden dabei ehemalige Lungenärzte, emeritierte Professoren der Mikrobiologie, Klinikdirektoren und Virologen. Natürlich findet man immer irgendeinen aus dieser

Gruppe, der gerne interviewt werden möchte, sich im Glanz der erhöhten Aufmerksamkeit sonnen will oder einfach nur tatsächlich eine andere Meinung vertritt. Selbsternannte Aufklärungsseiten erklären die Coronakrise wahlweise als eine Ausgeburt des Faschismus, eine Verschwörung der Eliten oder schlichtweg als Hysterie. Als Treiber des Bösen müssen je nach „Quelle“ Xi Jinping, Putin oder Bill Gates herhalten, letzterer, weil er seit dem Ebola-Ausbruch 2014 immer und immer wieder vor einer Pandemie gewarnt hat.<sup>11</sup> Man mag dieses Sammelsurium als „Spinnereien“ abtun, aber spätestens in der Pandemie wird klar, dass das Gedankengut etlicher vermeintlicher Verschwörungen weit in die demokratische Mitte der Bevölkerung hineinreicht. Dabei erweisen sich die sozialen Medien als scheinbar unaufhaltsamer Fake-Multiplikator.

Mal werden vorgeblich wirksame Heilmittel propagiert, ein andermal wird vor einer vermeintlich noch aggressiveren Mutation gewarnt, wieder andere warnen vor angeblichen Impffahren. Keine noch so absurde These ist in der Krise abstrus genug, um nicht ihre Anhänger zu finden. Es ist die Sternstunde der Storyteller frei nach dem Motto „Eine glaubwürdige Geschichte ist tausendmal besser als alle Fakten“. Das gilt vor allem, wenn es ein Narrativ ist, also eine sinnstiftende Erzählung, bei der es um Emotionen und Werte geht. Der Erfolg einer Story hängt nicht von der faktenbasierten Stichhaltigkeit ab, sondern von der Vermittelbarkeit des zugrundeliegenden Narrativs. Dabei ist es für den Erfolg völlig unerheblich, ob das Narrativ nur *gefunden* oder *erfunden* ist. Besonders wirksam sind monokausale Narrative auf Grundlage von Daten.

Dabei werden beliebige mit einer Studie vermeintlich belegbare Daten als unumstößlich Wahrheit verstanden und darauf abbauend wird eine einzige in sich geschlossene und logisch erscheinende Kausalkette als Argument präsentiert.<sup>12</sup>

Dieses Vorgehen der „datengestützten Wahrheiten“ ist schon seit längerem zu beobachten, spätestens seit der Flüchtlingskrise 2015 ist es nicht nur in den sozialen Medien in vielfältiger Weise zu finden. Das besonders Fatale dabei: Wer solche „Wahrheiten“, die auf „unverrückbaren Daten“ zu fußen scheinen, übernimmt, wird zu einer Art gläubigem Kämpfer für diese Wahrheit. Aus dieser „absoluten Gewissheit“ resultiert die Vehemenz, mit der unterschiedliche Argumente aufeinander prallen. Man nennt dieses Phänomen den Dunning-Kruger-Effekt. Die beiden Wissenschaftler David Dunning und Justin Kruger belegten schon 1999 folgende These: Je weniger man weiß, desto größer ist die Überzeugung, dass

man recht hat. „Wenn jemand inkompetent ist, dann kann er nicht wissen, dass er inkompetent ist. Dieser Effekt ist übrigens keineswegs nur in der Pandemie seit 2020 zu verzeichnen. Er war ebenso beispielsweise in der Flüchtlingskrise seit 2015 und der Klima- und Umweltdebatte seit 2018 zu beobachten.

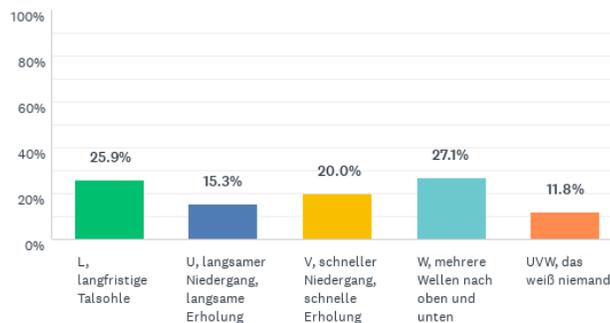
In allen Fällen spielen übrigens *Social Bots* eine Schlüsselrolle bei der Verbreitung von Fake News. Dabei handelt es sich um kleine Softwareprogramme, die sich in den sozialen Medien wie Facebook, Twitter, LinkedIn oder Xing zuhauf tummeln. Sie sammeln Informationen, verstärken Meinungen, setzen eigene Themen und treiben Thesen voran. Dabei „handeln“ sie stets im Sinne eines Auftraggebers, etwa einer politischen Partei, einer Regierung oder eines Landes. Obgleich es sich um Programme handelt, sind sie von echten Menschen kaum zu unterscheiden.

Sie verbreiten Falschmeldungen, betreiben tendenziöse Berichterstattung und beeinflussen die Meinung aller anderen, die sich der sozialen Medien für ihre eigene Meinungsbildung bedienen. In den USA kommen in der Krise 2020 auf dem Nachrichtendienst Twitter rund die Hälfte aller Forderungen nach Öffnung der Wirtschaft und Lockung der Restriktionen, die die Virusausbreitung verhindern sollten, von Social Bots.<sup>13</sup> Wie sagte schon der Philosoph Epikur im antiken Griechenland: „Entscheidend sind nicht die Fakten. Auch nicht die Meinungen über die Fakten. Sondern die Meinungen über die Meinungen.“ Das mag damals schon richtig gewesen sein, aber erst durch das globale Netz der sozialen Medien und die Heerscharen automatisierter Meinungsfälscher potenziert sich diese Entwicklung in eine Dimension bisher unbekanntes Ausmaßes.

## Rezession in Wellen voraus

Ebenso einzigartig wie die gesundheitliche Katastrophe mit Hunderttausenden von Corona-Toten war die Geschwindigkeit, mit der die Wirtschaft zum Stillstand kam. 180 Länder rund um den Globus, die noch wenige Wochen zuvor mit Wachstum und Wohlstand rechneten, stürzten mit einem Schlag in eine tiefe Rezession. Abermillionen von Menschen rund um den Erdball verlieren ihre Existenzgrundlage.

F4 Welche Art von Rezession erwarten Sie für die DACH-Region?



Eine Rezession als Folge der Pandemie gilt daher allenthalben als ausgemacht. Die entscheidenden Fragen lauten: wie tief und wie lange? Dabei werden die unterschiedlichen Szenarien für die künftige wirtschaftliche Entwicklung gemäß ihren Kurvenverlauf mit den Buchstaben L, V und U benannt. L steht für eine langfristige Talsohle, V für eine schnelle und U für eine langsame Erholung der Wirtschaft. Die relative Mehrheit der Befragten, 27 Prozent, tippt indes auf einen ganz anderen Buchstaben, nämlich das W als Symbol für mehrere Wellen nach unten und oben. Das geht einher mit der Vorstellung, dass die Pandemie in mehreren Ausbreitungswellen bis in das Jahr 2021 hinein immer wieder erneut stark zuschlagen wird, obgleich das Virus zwischenzeitlich mitunter schon besiegt zu sein scheint. Die mit 26 Prozent zweithäufigste Erwartung ist ein L, also ein tiefer Fall und eine lange Talsohle, bevor es irgendwann einmal wieder bergauf geht. Ein Fünftel gibt sich mit der Aussicht auf eine V-Entwicklung – schneller Niedergang, schnelle Erholung – optimistisch.

Dieser Blickwinkel mag von der Entwicklung an den Börsen geprägt sein; die Aktienkurse sind selbst für Experten überraschend nach dem tiefen Fall zunächst binnen weniger Wochen beinahe wieder auf Vorkrisenniveau nach oben

geschnellt. Doch die Insolvenzwellen etwa im Tourismus, in der Reisebranche, im Handel, in der Gastronomie, im Veranstaltungssektor und auf weiteren Wirtschaftsgebieten stehen erst noch bevor. Konsequenterweise tippen 12 Prozent der Befragten auf die Buchstabenfolge UVW, wohl das Synonym für „das weiß niemand“ als Antwort auf die Frage nach der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung.

### **Erst ab 2022 wieder Aufatmen**

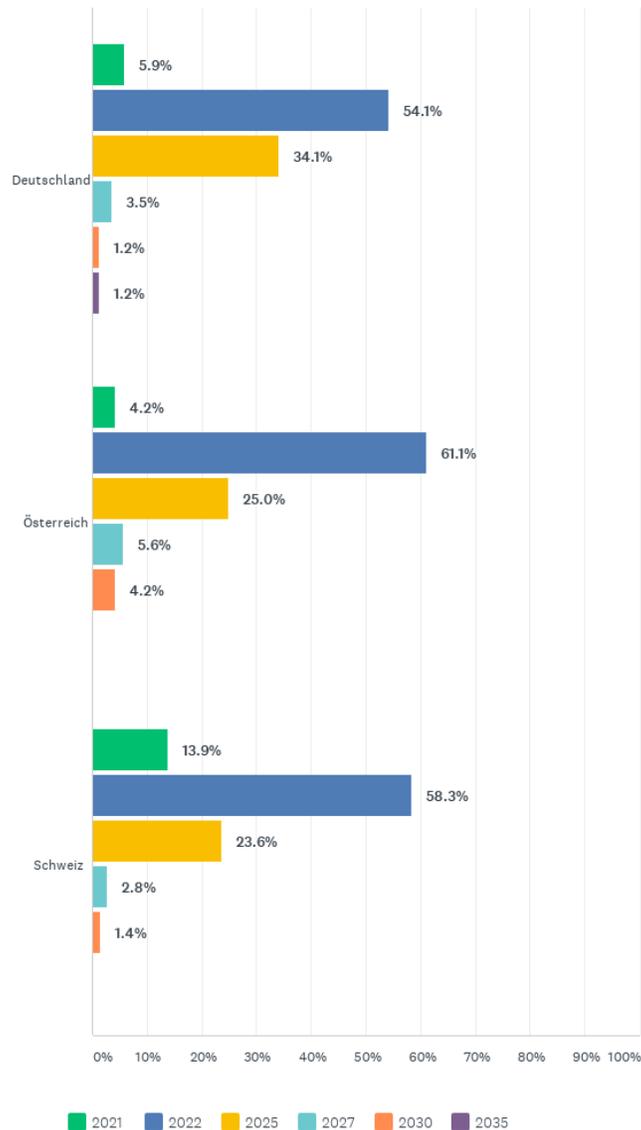
2021 wird kein leichtes Jahr und frühestens ab 2022, möglicherweise auch erst 2025, wird die Wirtschaftsleistung in Deutschland, Österreich und der Schweiz wieder das Niveau von 2019 erreicht haben. So lässt sich der Blick auf die wirtschaftlichen Aussichten aufgrund der Befragung zusammenfassen.

Eine Rückkehr zu alten Zeiten bereits 2021 erwarten lediglich 6 Prozent für Deutschland, 4 Prozent für Österreich und bemerkenswerte 14 Prozent für die Schweiz. Bleibt zu hoffen, dass der Schweizer Optimismus und nicht das Virus ansteckend ist und diese Prognose der Minderheiten sich zur Realität entwickelt.

Dennoch dürfte die Mehrheit mehr Realitätssinn beweisen, die das Vorkrisenniveau bestenfalls für 2022 voraussieht. Das sind immerhin 54 Prozent der Befragten für Deutschland, 61 Prozent für Österreich und 58 Prozent für die Schweiz. In Bezug auf 2022 herrscht der größte Optimismus also in Österreich.

Es wird eher bis 2025 dauern, meint ein gutes Drittel (34 Prozent) der Befragten für Deutschland, ein exaktes Viertel (25 Prozent) für Österreich und ein knappes Viertel (24 Prozent) für die Schweiz. Eine Rückkehr auf 2019er Niveau nicht vor 2027 sagen 4 Prozent für Deutschland, 6 Prozent für Österreich und 3 Prozent für die Schweiz voraus.

### F5 Bis wann wird die Wirtschaftsleistung in DACH wieder den Wert von 2019 erreicht haben?



Der wirtschaftliche Untergang wird zumindest in stabilitätsorientierten Ländern wie Deutschland, Österreich und der Schweiz ausbleiben. Die apokalyptischen Szenarien der Krisenpropheten gehen an der Realität vorbei.<sup>14</sup> Eine Rückkehr zur Wirtschaftsleistung, wie sie vor der Coronakrise zu verzeichnen war, erwarten die meisten Manager und Unternehmer allerdings erst zwischen 2022 und 2025.

Es liegt im Auge des Betrachters, ob man diesen Zeitraum als erfreulich oder bedrohlich ansieht. Die Folgen der Pandemie werden auf jeden Fall weit in das angebrochene Jahrzehnt der 2020er hineinreichen

### **Gewinner und Verlierer: Branchenübersicht**

Schon in den ersten Wochen der Pandemie wurde klar, dass es Gewinner der Katastrophe gibt. Während Ausgangsbeschränkungen und Kontaktsperren persönliche Begegnungen unmöglich machten, erlebte die Online-Kommunikation einen beinahe märchenhaften Boom. Videochats und Webinare haben sich zu gängigen Umgangsformen entwickelt. Ebenso gravierend war der Wandel im Handel: Die stationären Läden blieben geschlossen, das Online-Bestellwesen wuchs ins Unermessliche. Im Rahmen der hier thematisierten Umfrage geht es darum, welche Wirtschaftszweige gestärkt bzw. geschwächt aus der Pandemie hervorgehen werden, also um die langfristige Perspektive. Bevor die Ergebnisse nachfolgend im Detail vorgestellt werden, sei der mit Abstand größte Gewinner vorneweg verraten, es ist – wenig überraschend – die Digitalwirtschaft.

Von mehr als der Hälfte der Befragten als Gewinner der Krise eingestuft werden folgende Branchen bzw. Sektoren:

- Online-Kommunikation (99 Prozent),
- Digitalwirtschaft (98 Prozent),
- Gesundheitswesen (86 Prozent),
- E-Government (81 Prozent),
- Business Services (78 Prozent),
- Soziale Netzwerke (75 Prozent),
- Logistik (72 Prozent),
- Dienstleistungen allgemein (66 Prozent),
- Umwelt (54 Prozent),
- Chemie & Pharma (50 Prozent).

Im Mittelfeld liegen laut Umfrage (Einordnung auf der Gewinnerseite durch die Befragten zwischen einem Drittel und der Hälfte):

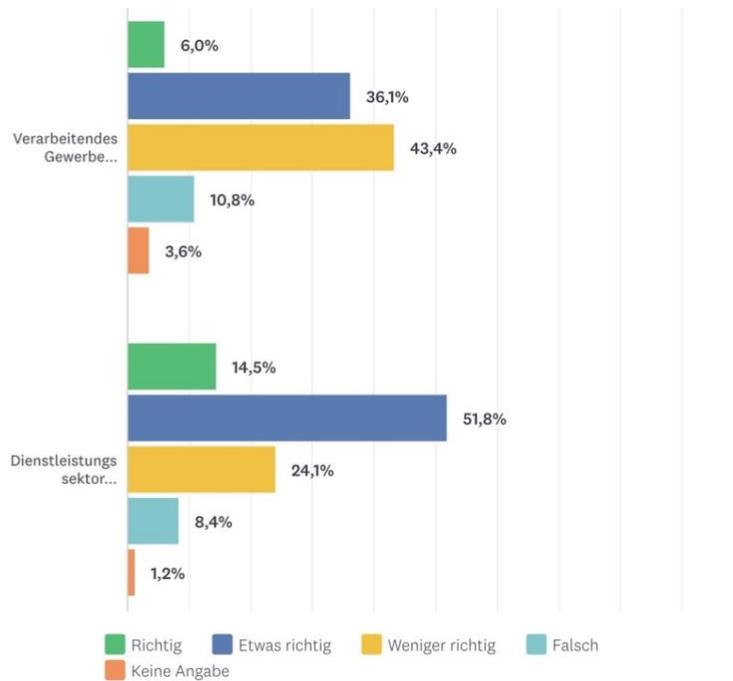
- Energie (48 Prozent),
- Werbung, Marketing, PR (43 Prozent),
- Elektroindustrie (41 Prozent),

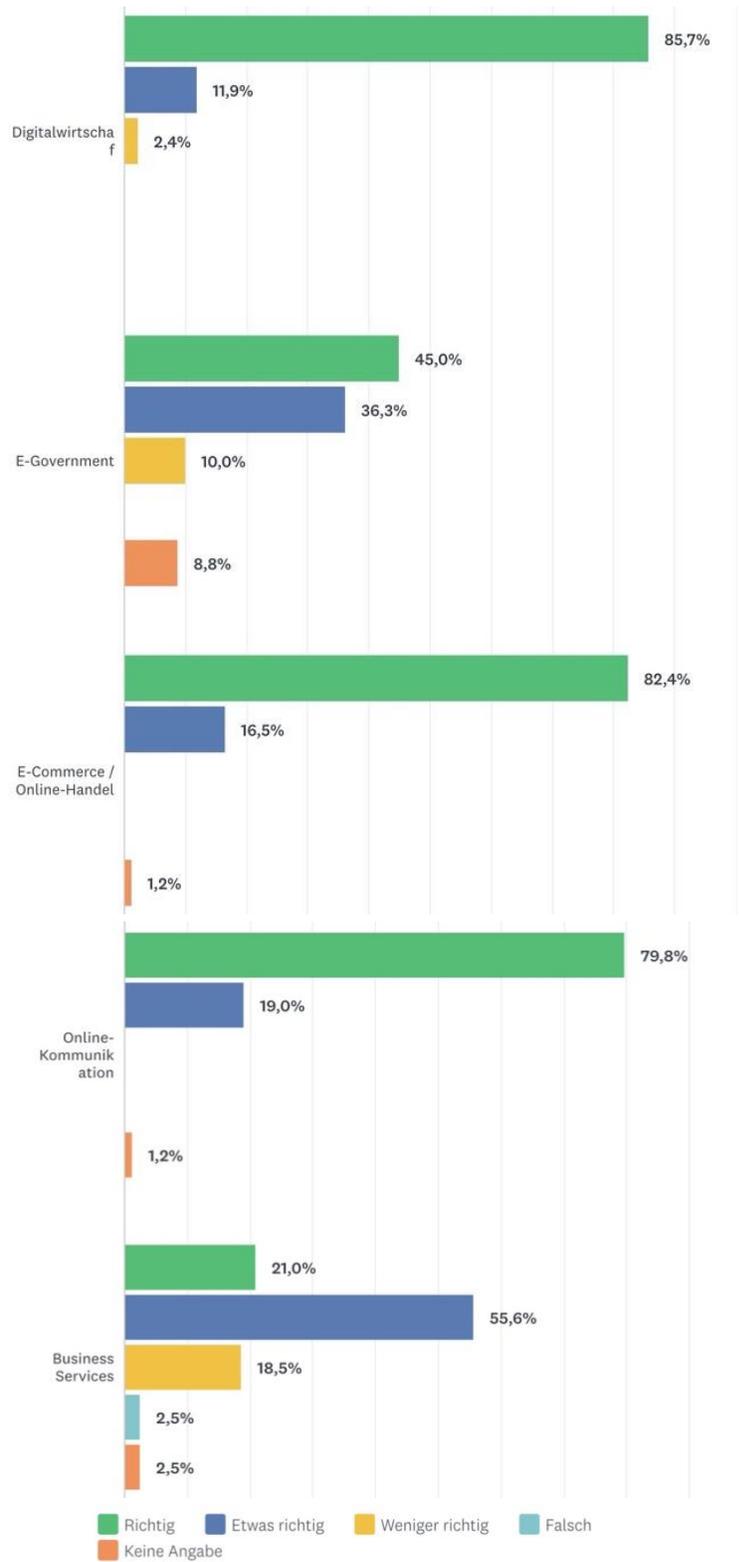
- Klassische Medien (TV, Print, Online; 38 Prozent)
- Baugewerbe (34 Prozent).

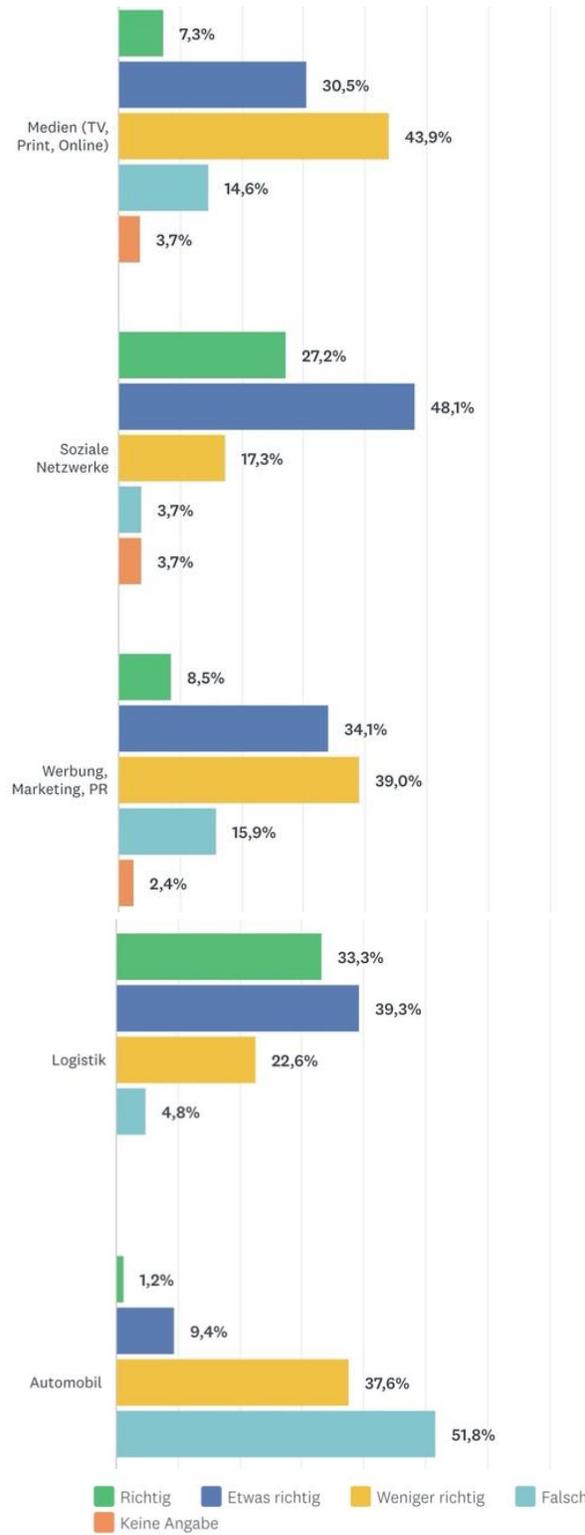
Zu den Absteigern zählen laut Umfrage (Einordnung auf der Gewinnerseite durch die Befragten unter einem Drittel):

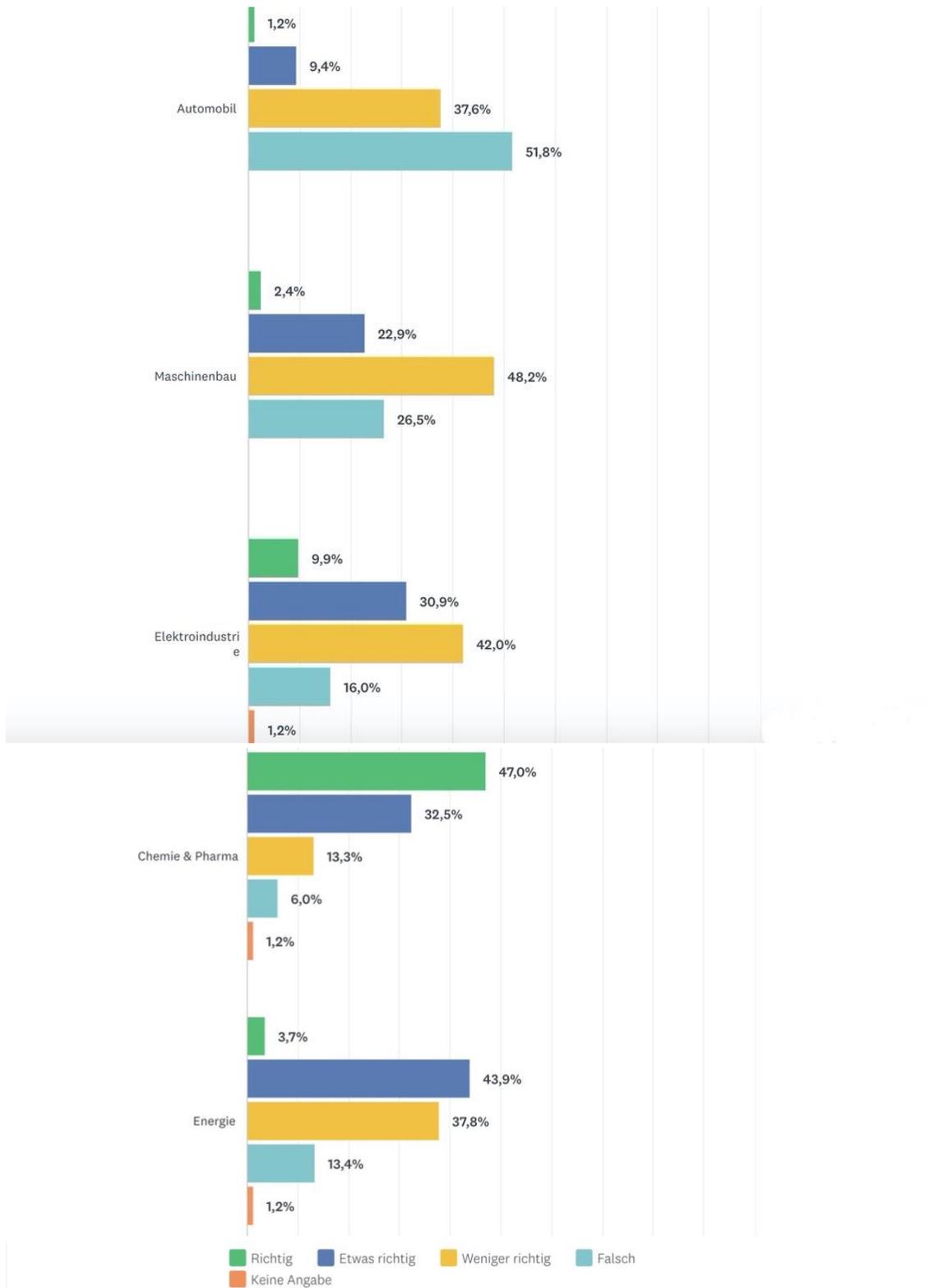
- Groß- und Einzelhandel (32 Prozent),
- Immobilien (27 Prozent),
- Maschinenbau (25 Prozent),
- Finanzsektor (14 Prozent),
- Automobilindustrie (10 Prozent),
- Reisen & Tourismus (5 Prozent).

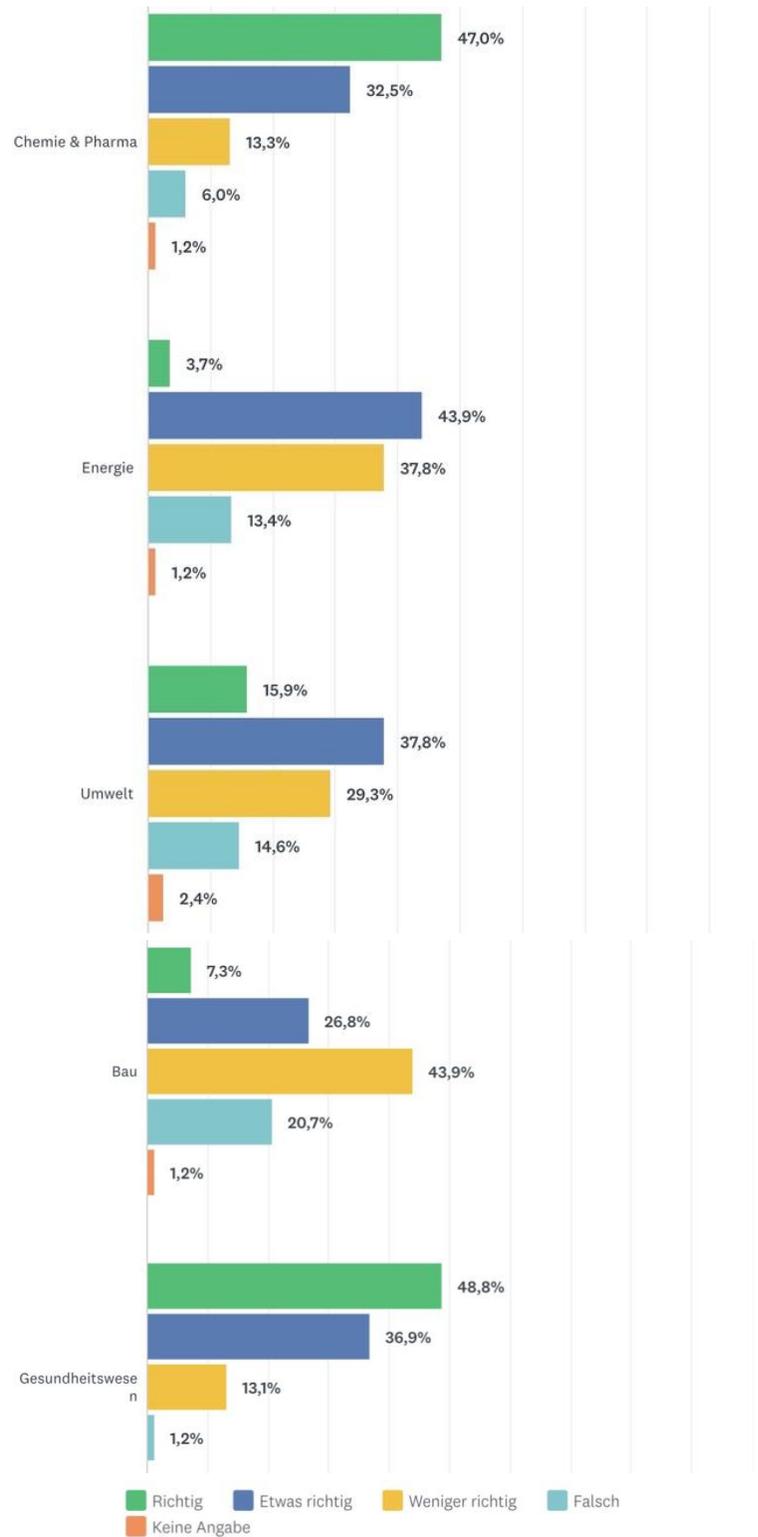
Welche Branchen werden gestärkt aus der Pandemie hervortreten:

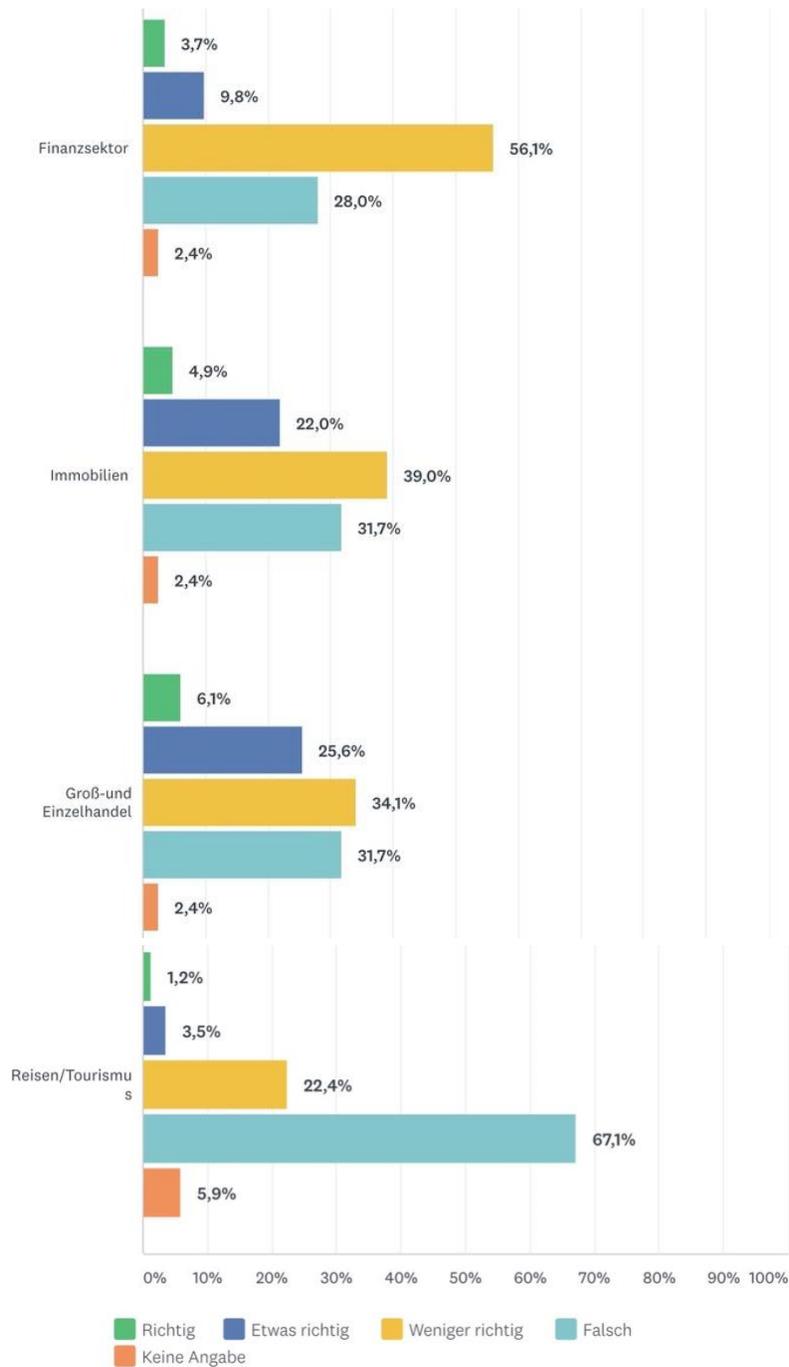








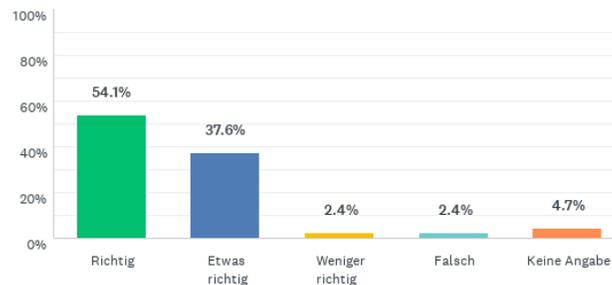




Eine „ganz besondere Branche“ gilt übrigens ebenfalls als Gewinner der Pandemie: die Cyberkriminalität. 92 Prozent der Befragten gehen von einem weiteren

Anstieg der Abzocke, Erpressungen, Datendiebstähle, Industriespionage und sonstigen Angriffe aus dem Internet in und nach der Krise aus. Der Cyberangriff auf australische Regierungseinrichtungen im Juni 2020 steht beispielhaft dafür.

F7 Cyberkriminalität wird in und nach der Krise zunehmen



## Schöne neue Welt

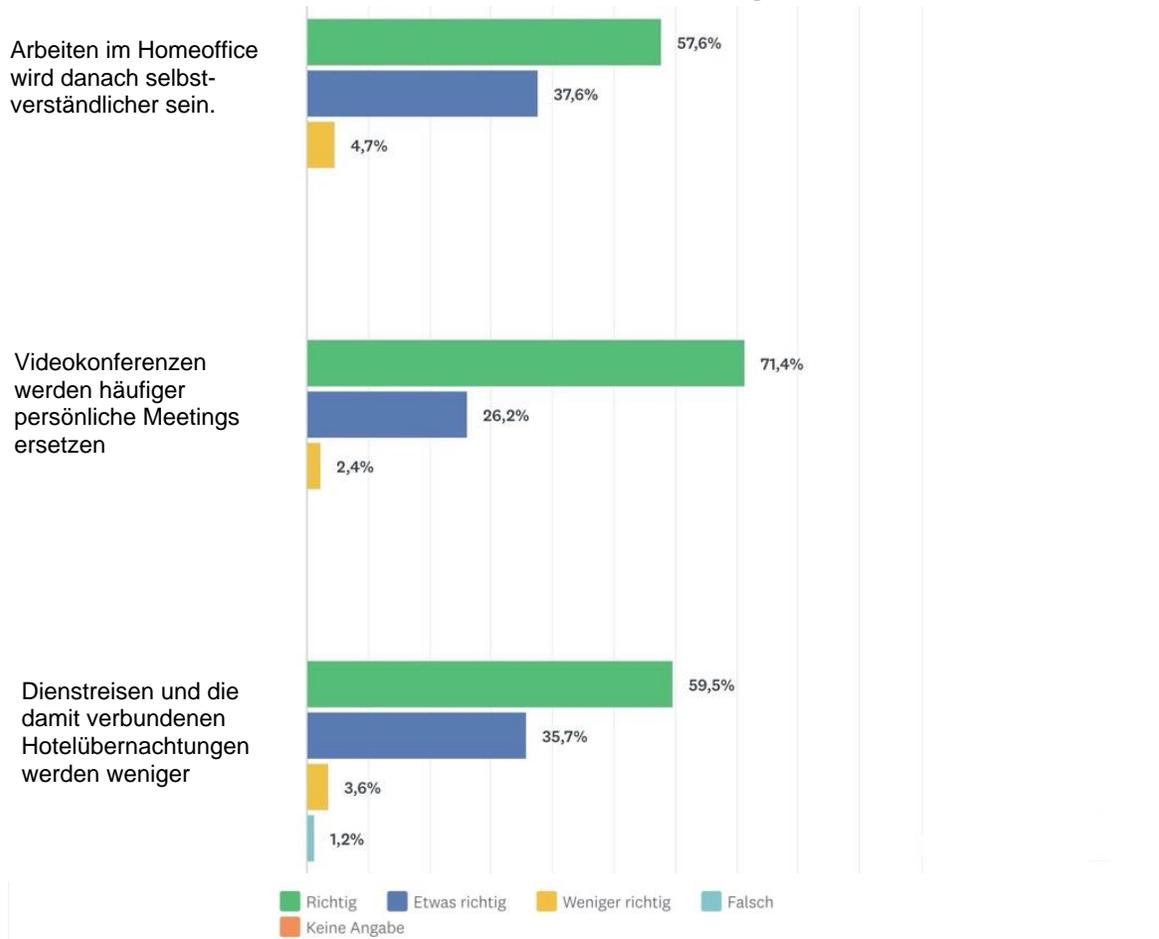
Welche Veränderungen wird die Pandemie nachhaltig zurücklassen, war ein zentraler Fragenkomplex der Umfrage des Diplomatic Council gemeinsam mit United Interim. Die Antworten verdeutlichen die Bandbreite des Spektrums der Veränderungen, die auf uns zukommen.

Die Coronakrise hat Millionen von Menschen scharenweise ins Home Office versetzt. Der Gedanke, dass man bei Berufen, in denen man primär mit Tastatur und Bildschirm vor sich oder mit einem Telefon in der Hand arbeitet, nicht unbedingt jeden Morgen im Stau ins Büro und im abendlichen Stau nach Hause fahren muss, ist nicht neu. Aber die Pandemie hat dieses Modell in eine zuvor nicht gekannte Dimension befördert.

Abermillionen von Menschen sind Teil eines unerwarteten und unfreiwilligen Experiments geworden – mit weitreichenden Folgen. So sind 71 Prozent der Befragten felsenfest davon überzeugt, dass Videokonferenzen künftig häufiger persönliche Meetings ersetzen werden. Genauso fest ist bei 60 Prozent die Überzeugung, dass damit einhergehend Dienstreisen in Zukunft seltener werden. Für 58 ist ganz klar, dass das Arbeiten im Home Office auch nach der Pandemie zum Alltag gehören wird. Nimmt man diejenigen hinzu, die dem jeweiligen Trend immerhin ein gewisses Maß an Zustimmung („etwas richtig“) zuteilwerden lassen, so kommt man auf Zustimmungsraten von 90 Prozent (mehr Videokonferenzen)

bzw. 96 Prozent (weniger Dienstreisen, mehr Home Office). Treibende Kraft dahinter sind wohl weniger die Arbeitnehmer, als vielmehr die Arbeitgeber.

Es ist wie ein Paukenschlag, wenn der US-Nachrichtendienst Twitter 2020 ankündigt, dass die knapp 5.000 Beschäftigten des Unternehmens künftig selbst entscheiden dürfen, ob sie ins Büro kommen oder von Zuhause arbeiten wollen.<sup>15</sup> Der Erfolg einer Tätigkeit am Computer bemisst sich ohnehin an den Ergebnissen, beim digitalen Arbeiten ist es per se völlig egal, wo und unter welchen Umständen es stattfindet. Dieser Erkenntnis gesellt sich die enorme Kostenersparnis hinzu, wenn Firmen künftig auf ihre Bürotürme verzichten oder diese zumindest verkleinern können. Die Balance zwischen Büro und Home Office wird in Folge der Pandemie für die 2020er Jahre neu austariert – ebenso wie die Balance zwischen Freiheit einerseits und Sicherheit durch Überwachung andererseits.



So gehen zwei Drittel der Befragten davon aus, dass die digitale Überwachung nach der Pandemie stärker sein wird als jemals zuvor. Tatsächlich ist die Geschwindigkeit, mit der sich digitale Überwachungsmaßnahmen während der

Pandemie durchsetzen, beinahe vergleichbar mit der Ausbreitungsgeschwindigkeit des Virus.

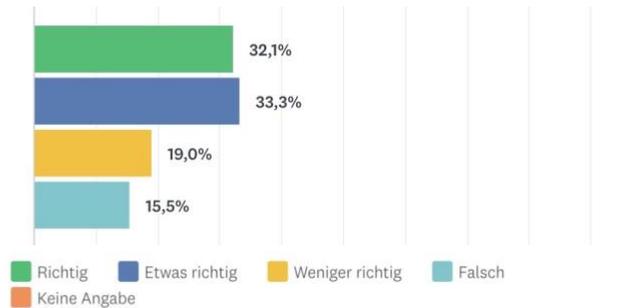
Beispielhaft hierfür steht der Vorstoß von Apple und Google, das gewaltigste Personenverfolgungssystem in Betrieb zu nehmen, das die Welt je gesehen hat: Es umspannt rund 3 Milliarden Menschen. Zur Pandemiebekämpfung haben sich die beiden Erzrivalen darauf verständigt, alle iPhones und alle Android-Smartphones mit einer Software zu versehen, die merkt, wenn sich zwei Personen nahe kommen. Das Argument in der Pandemie: So können Infektionsketten automatisch und lückenlos verfolgt werden.

Doch werden Apple und Google das System nach Beendigung der Pandemie wieder abschalten? Mit Sicherheit nicht! Denn obgleich beide Konzerne nicht müde werden, die Freiwilligkeit der Teilnahme am Überwachungsprogramm zu betonen, bauten sie die neue Technologie fest verankert in ihre Betriebssysteme ein, so dass sie dauerhaft in allen Geräten verbleibt. Für eine freiwillige temporäre Maßnahme wäre es völlig ausreichend gewesen, eine gemeinsame App zum Download anzubieten. Wer teilnehmen möchte, lädt sich die App herunter. Doch das ist den beiden Digitalgiganten offenbar zu wenig: Sie nutzen die Gunst des Jahres 2020, um eine dauerhafte Kontaktüberwachung (Contact Tracing) für ein Drittel der Menschheit in ihren Geräten zu implementieren.<sup>16</sup>

Man muss sich klar machen: Die Kontaktkontrolle findet in denselben Geräten statt, deren genauer Standort mittels GPS jederzeit feststellbar ist und in denen die meisten von uns alle ihre persönlichen Kontakte, ihre Bilder, ihre Passworte und immer häufiger auch ihre gesundheitlichen Vitalwerte etwa im Zusammenhang mit einer Smartwatch gespeichert haben. Für die meisten Menschen ist ihr Smartphone im Grunde eine Konzentration ihres gesamten Lebens. Hinzu kommt: Apple und vor allem Google sammeln seit mehr als 20 Jahren so viele Informationen über so viele Menschen wie möglich, und sie speichern alle Daten, derer sie habhaft werden.

Die Kontaktverfolgung reiht sich also in ein ohnehin schon prall gefülltes Dossier über Milliarden von Menschen ein.

Die digitale Überwachung wird danach stärker als je zuvor



Ausgangsbeschränkungen, Versammlungsverbote, Schließung beinahe aller Geschäfte durch behördliche Anordnungen – noch nie wurden in der neueren Geschichte Deutschlands, Österreichs und der Schweiz so viele Grundrechte so umfassend und so flächendeckend in geradezu abenteuerlicher Geschwindigkeit eingeschränkt wie in der Pandemie 2020. Hätte jemand 2019, als in der Bundesrepublik Deutschland das Jubiläum zum 70. Jahrestag des Grundgesetzes gefeiert wurde, diese Kastration der Grundrechte, wie sie ein Jahr später stattfindet, vorhergesagt: Er wäre als Schwarzseher ausgelacht worden.

2020 hingegen lautet die Devise in weiten Teilen: Tausche Freiheit gegen Sicherheit und Gesundheit. Das ist in der Notsituation wohl gerechtfertigt und entgegen mancherlei Meinungen staatsrechtlich erlaubt. So kann in Deutschland eine kommunale Gebietskörperschaft eine Ausgangssperre anordnen, sobald die öffentliche Sicherheit gefährdet ist. Oberste Gebietskörperschaft ist der Bund, die unterste sind Städte und Gemeinden. Konkret verhängen damit die Bundesregierung (für ganz Deutschland), eine Landesregierung (für ihr Bundesland), ein Landrat (für seinen Landkreis) oder ein Bürgermeister (für seine Kommune) eine Ausgangssperre oder ein Ausgangsverbot.

Gesetzliche Grundlage ist Artikel 11 des Grundgesetzes, der die Freizügigkeit garantiert. In Absatz 2 ist geregelt, dass diese Freizügigkeit aber eingeschränkt werden darf, sobald unter anderem Seuchengefahr droht.

Wörtlich heißt es im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland Artikel 11:

*(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.*

*(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.*

Vieles weitere ist im Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (IfSG) geregelt. Unter anderem heißt es in Paragraph 16, Absatz 1:

*Werden Tatsachen festgestellt, die zum Auftreten einer übertragbaren Krankheit führen können, oder ist anzunehmen, dass solche Tatsachen vorliegen, so trifft die zuständige Behörde die notwendigen Maßnahmen zur Abwendung der beim Einzelnen oder der Allgemeinheit hierdurch drohenden Gefahren. Die bei diesen Maßnahmen erhobenen personenbezogenen Daten dürfen nur für Zwecke dieses Gesetzes verarbeitet werden.*

Doch so gerechtfertigt diese und viele weitere Maßnahmen in der akuten Gefahrenlage sind, haben nach der Krise alle recht, die die Rückkehr zur Normalität anmahnen, sobald die Gefahr vorüber ist. Hierzu müssen Politik und Verwaltung immer wieder prüfen, ob es angebracht ist, weniger einschneidende Maßnahmen als beispielsweise Ausgangssperren zu ergreifen. Und natürlich gebietet es die Rechtsstaatlichkeit, das letztlich unabhängige Gerichte die Entscheidungen der Politik überprüfen können.<sup>17</sup>

In diesem Kontext ist es allerdings bedenkenswert, dass 44 Prozent der von Diplomatic Council und UnitedInterim befragten Manager und Unternehmer Zweifel hegen, ob die in der Pandemie aus Sicherheitsgründen eingeschränkten Grundrechte nach Überwindung der Krise wieder in vollem Umfang aufgehoben werden.

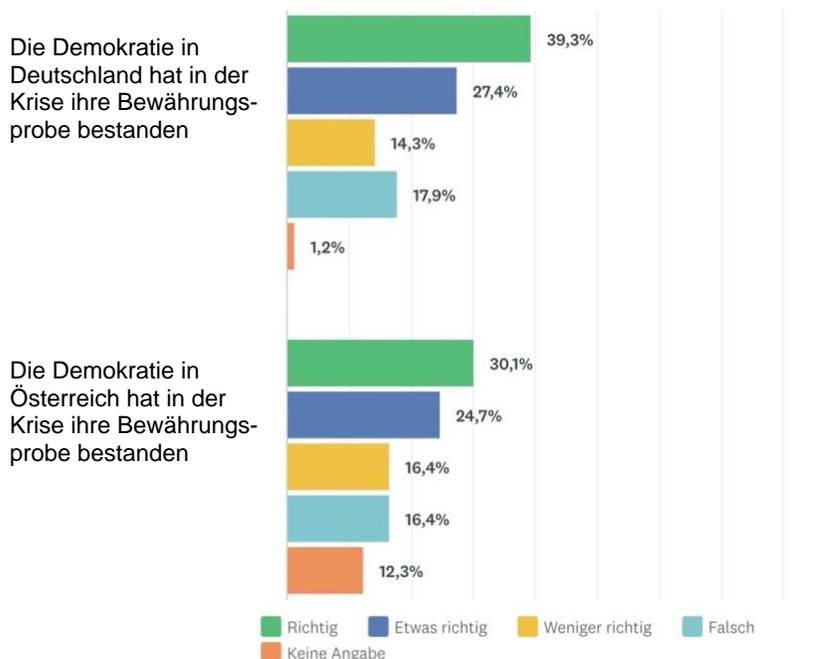
Eine satte Mehrheit von 55 Prozent ist vom Gegenteil überzeugt.

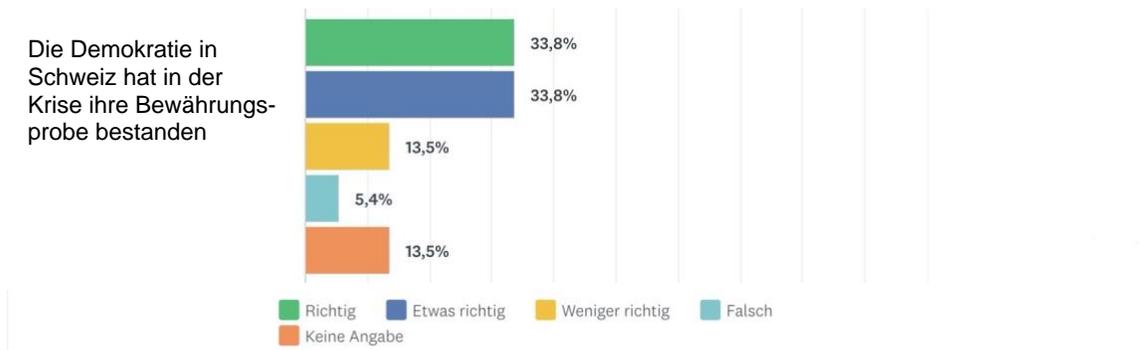
Die Einschränkungen  
der Grundrechte werden  
danach nicht vollständig  
aufgehoben werden



In dieses Bild passt es, dass lediglich 39 Prozent der Befragten für Deutschland, 30 Prozent für Österreich und 34 Prozent für die Schweiz unumstößlich davon überzeugt sind, dass die Länder die Krise als Bewährungsprobe der Demokratie bestehen werden. Immerhin nehmen weitere 27 Prozent (Deutschland) bzw. 25 Prozent (Österreich) bzw. 34 Prozent (Schweiz) an, dass die Demokratie trotz möglicher Einschränkungen in ihren Kernfesten erhalten bleiben wird.

Zählt man beides zusammen, so sagen für Deutschland zwei Drittel der Befragten, dass sich die Demokratie in der Krise mehr oder minder bewährt hat. Für Österreich liegt diese Zustimmungquote bei 55 Prozent, für die Schweiz bei 68 Prozent.





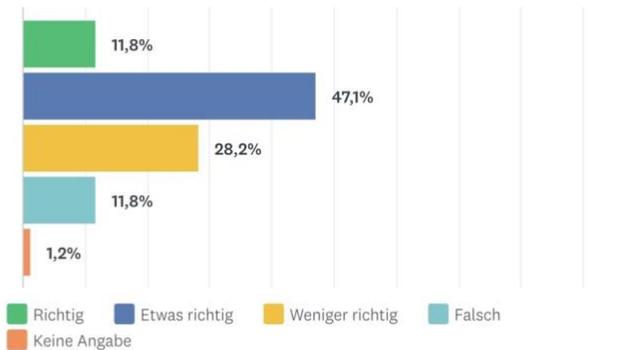
Nicht nur die Digitalisierung, die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit und die Frage nach dem Fortbestand der Demokratie, auch die Rolle der Wissenschaft in der Politik hat in der Pandemie massiv an Bedeutung gewonnen. In beinahe allen Religionen gilt der Tod seit Menschengedenken als ein unausweichliches Schicksal. Das Epos von Gilgamesch, die Bibel, der Koran, die Veden der Hindus – überall steht geschrieben, dass wir sterben, weil Gott oder der Kosmos oder Mutter Natur es so wollen. Wir Menschen haben demütig zu akzeptieren, dass jeder von uns eines Tages die irdische Welt verlassen muss und es gibt nichts, was wir dagegen tun können. Doch dann kam die wissenschaftliche Revolution und mit ihr die Gewissheit, dass der Tod kein göttliches Dekret ist, sondern ein technisches Problem. Wir sterben nicht, weil uns ein göttliches Wesen abberuft, sondern weil unser Herz aufhört zu schlagen, Krebszellen unsere Organe zerstören oder ein Virus unsere Lunge auffrisst.

Aber technische Probleme in den Griff zu bekommen, das ist das Wesen unserer modernen wissenschaftsbasierten Gesellschaft. Unsere moderne Welt gibt sich fest davon überzeugt, dass wir für jedes technische Problem über kurz oder lang eine technische Lösung finden. Zu Ende gedacht heißt das nichts anderes, als dass wir uns auf dem Weg befinden, ewig zu leben. Tatsächlich ist die Lebenserwartung in den vergangenen zwei Jahrhunderten von unter 40 Jahren auf 72 in der ganzen Welt und auf über 80 in den Industrieländern gestiegen. Nicht zuletzt dieser Erfolg hat unser Weltbild grundlegend verändert. Während für traditionelle Religionen das Leben nach dem Tod der eigentliche Sinn der Existenz war, hat unsere Gesellschaft spätestens seit dem 18. Jahrhundert jegliches Interesse am Leben nach dem Tod verloren. Wir wollen jetzt und auf ewig leben. Umso gravierender ist es, wenn im Jahr 2020 ein todbringendes Virus den Menschen aller Religionen und aller Ideologien den Spiegel vor Augen hält: die eigene Sterblichkeit. Wird es unsere Gesellschaft lehren, künftig dem Tod demütiger gegenüber zu stehen? Haben wir in der Pandemie im Angesicht der

Existenzbedrohung Demut gelernt und sind menschlich enger zusammengerückt? Eher nicht, legen die Umfrageergebnisse nahe – der Siegeszug der Wissenschaft setzt sich ungebremst fort.

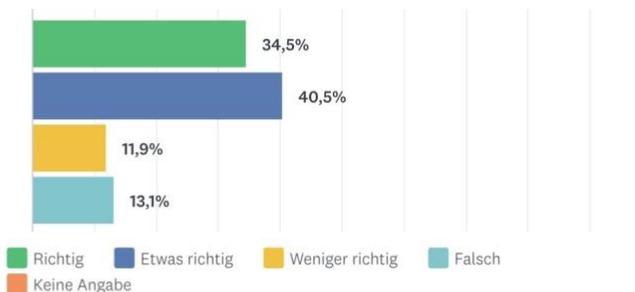
Bemerkenswerte 59 Prozent der Befragten meinen, dass die Politiker über die Krise hinaus künftig wissenschaftliche Ratschläge zumindest stärker als vorher in ihre Überlegungen einbeziehen werden. Dabei mag es sich allerdings auch zu einem guten Teil um Wunschdenken handeln. Fest davon überzeugt sind nämlich nur 12 Prozent.

Die Rolle der Wissenschaft in der Politik wird danach stärker sein.



Gut drei Viertel gehen davon aus, dass unsere Gesellschaft aus der Krise gespaltener herausgeht als je zuvor. Dabei gibt es gleich mehrere Trennlinien, etwa zwischen Menschen, die sich aus Todesangst kaum noch auf die Straße wagen, und anderen, die Corona schlichtweg für Lug und Betrug halten und keine Abstands- oder sonstigen Regeln befolgen. Oder zwischen White Collar Managern, die zügig ins Home Office umgezogen sind, während die Blue Collar Worker in den Fabriken, Supermärkten oder der Logistikbranche weiterhin vor Ort ihrer Arbeit nachgehen müssen, und damit einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt sind.

Die Spaltung der Gesellschaft wird danach stärker sein



## Billiardenwirtschaft und die Folgen

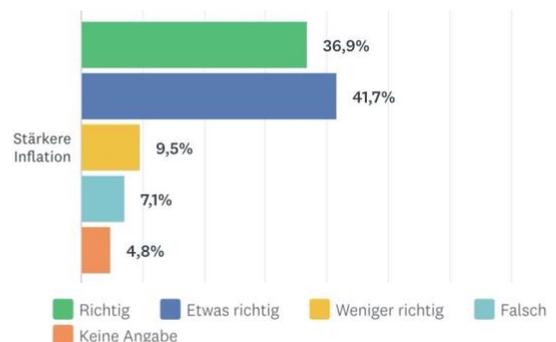
Als Antwort auf die Pandemie haben Hilfs- und Unterstützungsprogramme allein in Deutschland binnen weniger Monate die Billionen-Grenze überschritten.

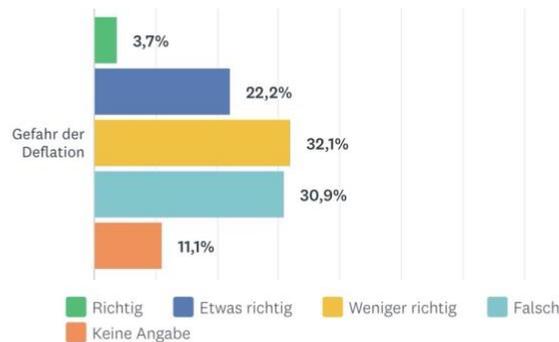
Milliarden waren gestern, die 2020er Jahre werden von Billionen bestimmt werden. Diese enormen Staatsausgaben werden Folgen haben, ist sich die Mehrheit der vom Diplomatic Council gemeinsam mit UnitedInterim befragten Manager und Unternehmer einig.

79 Prozent erwarten über Jahre hinaus ein sehr niedriges Zinsniveau. Mehr als die Hälfte, 57 Prozent, sind felsenfest davon überzeugt, dass billiges Geld für die Wirtschaft und Realwertverluste für die Sparer die 2020er Jahre dominieren werden. Mehr als ein Drittel (37 Prozent) gehen in Folge dessen auf jeden Fall von einer stärkeren Inflation aus, weitere 41 Prozent halten eine Zunahme der Inflation für wahrscheinlich. Hingegen sind sich beinahe zwei Drittel, 63 Prozent, darin einig, dass die gelegentlich heraufbeschworene Gefahr einer Deflation gering ist.

Jedenfalls wird es künftig teurer für Wirtschaft und Bürger, meint die Mehrheit. 85 Prozent erwarten höhere Steuern für Besserverdiener, 62 Prozent höhere Unternehmenssteuern, 86 Prozent höhere Beiträge für die Sozialkassen. Ein knappes Fünftel glaubt sogar fest an eine Teilenteignung der Vermögenden, 46 Prozent schließen diese drastische Maßnahme jedenfalls nicht aus. Allen diesen staatlichen Anstrengungen, Geld einzutreiben, zum Trotz geht rund zwei Drittel der Befragten von einer Absenkung des Rentenniveaus in den 2020er Jahren aus. 31 Prozent halten eine niedrigere Rente für unausweichlich.

Die enormen Staatsausgaben in der Pandemie werden Folgen haben:





Eine andere Frage ist, ob der Mittelstand nach der Pandemie weiter stillhält und weitermacht, als wäre nichts gewesen. Wenn der Arbeitsplatz verloren, der Betrieb pleite, der Sparplan wertlos ist – bleiben die Menschen dann weiterhin ruhig? Möglicherweise nicht. Die Mittelschicht hat über Jahrzehnte hinweg an das Dogma geglaubt, man müsse nur fleißig genug sein, um auch einen erklecklichen Anteil am Wohlstand abzubekommen. Sie hat in dieser Zeit vieles verkräftet: immer höhere Steuern und Abgaben, eine monströse Aufblähung der Bürokratie, die sie bewältigen und finanzieren muss, die Unterstützung für die weniger Leistungsfähigen im eigenen Land und irgendwo auf der Welt.

In der Politik fand die Mittelschicht hingegen wenig Beachtung, dort ging es um die Ausweitung von Sozialleistungen, Rentenpakete, den Migrationspakt oder die europäische Solidarität und zuletzt natürlich um die Eindämmung der Pandemie. Sollte diese Mittelschicht, die im Grunde nie große Beachtung fand, weil sie „einfach so funktionierte“, nach der Krise feststellen, dass die jahrelangen Mühen umsonst waren, dass ihr vermeintlich sicherer Wohlstand weg ist, dann liegt möglicherweise irgendwann eine Revolution in der Luft. Diese frustrierte Mittelschicht wird dann vermutlich immer noch vernünftig genug sein, um keine Autos in Brand zu setzen, keine Schaufensterscheiben einzuschlagen und keine Regierungsgebäude zu stürmen – aber sie könnte sich politisch radikalisieren.

Schon der US-Politologe Samuel Huntington, dessen zentrales Werk „Kampf der Kulturen“ heute noch als ein zutiefst umstrittener Meilenstein je nach Blickwinkel gepriesen oder verteufelt wird, vertrat die Ansicht, dass die Mittelschicht zur Radikalisierung neigt, wenn sie Gefahr läuft, ihren gesellschaftlich privilegierten Status gegenüber anderen Gruppen der Gesellschaft zu verlieren.<sup>18</sup>

Anders ausgedrückt: Wer jahrzehntelang als Teil der „Generation Mitte“ hart gearbeitet hat, lässt sich nicht ohne Gegenwehr in die Armut herabstufen. Diese „Generation Mitte“ umfasst in Deutschland etwa 35 Millionen Menschen. Auf sie entfallen 70 Prozent der Erwerbstätigen und mehr als 80 Prozent der steuerpflichtigen Einkünfte. Es handelt sich somit um die viel zitierten „Leistungsträger unserer Gesellschaft“. Bemerkenswert: 44 Prozent von ihnen gingen schon vor dem Jahr 2020 davon aus, dass es mit der Wirtschaft bald bergab gehen könnte.<sup>19</sup> Diese Existenzängste der Mittelschicht werden nach Beendigung der Pandemie größer als davor sein.

Die Politik sollte also darauf achten, für die Leistungsträger unserer Gesellschaft eine über die Pandemie hinausgehende Zukunftsperspektive möglichst für die gesamte Dekade zu vermitteln. Denn wenn die Mittelschicht die Leistung verweigert, ist die Wirtschaft und damit auch die Gesellschaft möglicherweise nicht mehr zu retten. Die Erhaltung der Leistungsgesellschaft gehört also zu den großen Herausforderungen der 2020er Jahre – auch angesichts der zweifelsohne anstehenden Digitalisierungswelle.

### **Folgen für das Management**

In der Pandemie wurden beinahe über Nacht Heerscharen von Beschäftigten ins Home Office geschickt, Lieferketten wurden unterbrochen, Absatzmärkte froren ein, kaum etwas blieb unverändert. Nicht nur in der Politik, auch in der Wirtschaft waren schnelle Entscheidungen gefragt. Dabei war das Maß an Ungewissheit, was auf uns zukommt und welche Maßnahmen richtig oder falsch sein könnten, selten so hoch wie am Beginn der Pandemie. Es war ein beinahe klassisches Dilemma: Man muss Entscheidungen fällen, obwohl man im Grunde gar nicht weiß, was los ist, und alle herkömmlichen Prognosesysteme versagen.

Wer als Unternehmer oder Führungskraft diese Entwicklung durchgemacht hat, wird künftig schneller entscheiden – könnte man meinen. Allerdings glauben daran nicht einmal 5 Prozent der befragten Manager. Hingegen erwarten 59 Prozent auch künftig nicht mehr Entscheidungsfreude auf Managementebene als bisher.

Aber es werden in Zukunft verstärkt externe Berater hinzugezogen, sind 64 Prozent der Befragten überzeugt, um Entscheidungen vorzubereiten und besser abzusichern. Noch stärker ist laut Umfrage der Bedarf an Interim Managern,

meinen 70 Prozent. Die Interim Manager helfen nämlich nicht nur dabei, richtige Entscheidungen zu treffen, sondern übernehmen in den meisten Fällen auch gleich die Umsetzung.

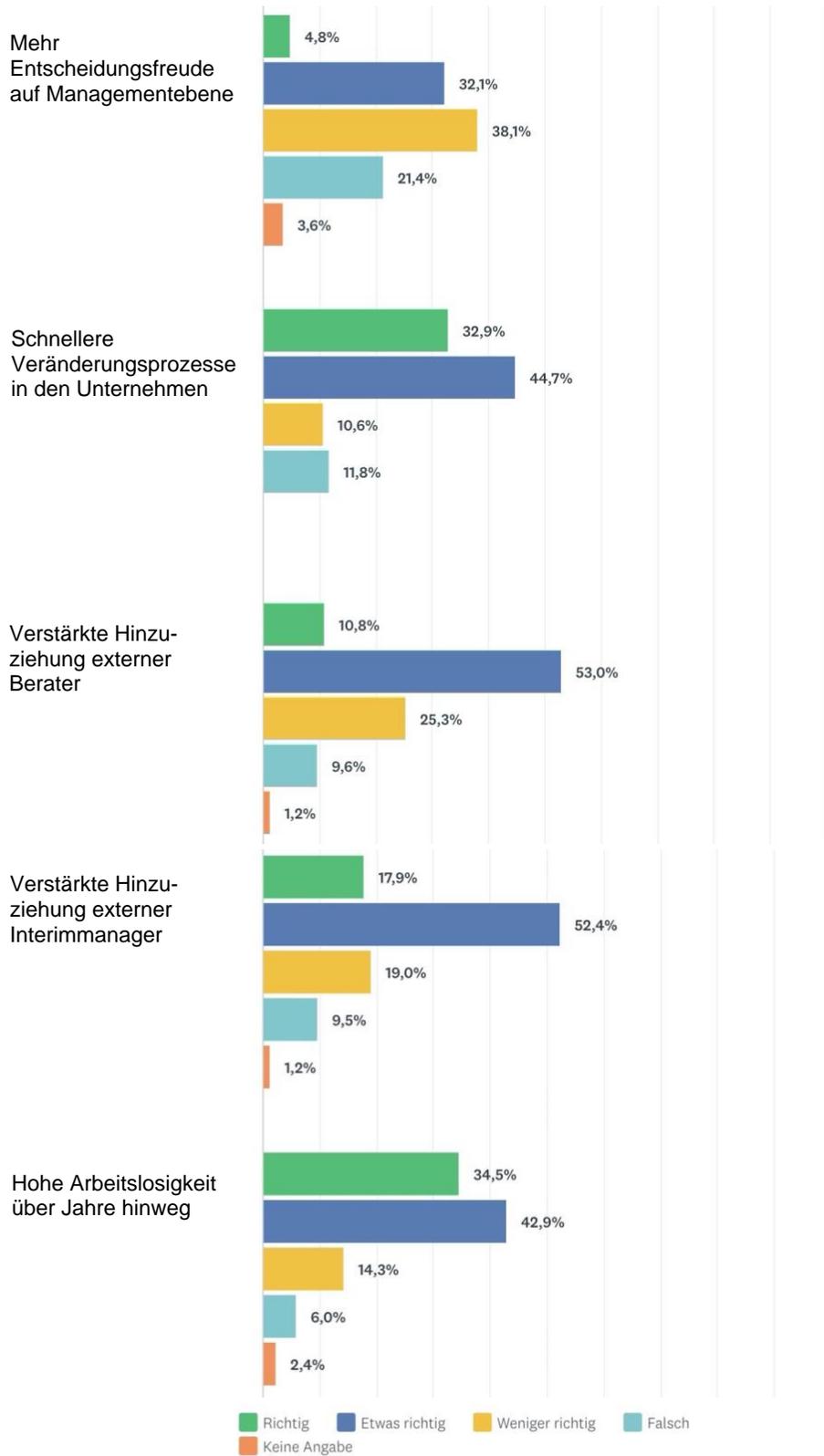
Die Hinzuziehung externer Berater und Interim Manager wird in den 2020er Jahren somit zum Standardmodell für Unternehmensführung werden. Die damit verbundene Flexibilität und der Zufluss an Know-how dürfen wohl als die Hauptgründe für diesen Trend gelten. Treiber dieser Entwicklung ist die Notwendigkeit, sich immer schneller an neue Bedingungen anpassen zu müssen. Die Coronakrise stellt dafür geradezu ein Lehrbeispiel dar.

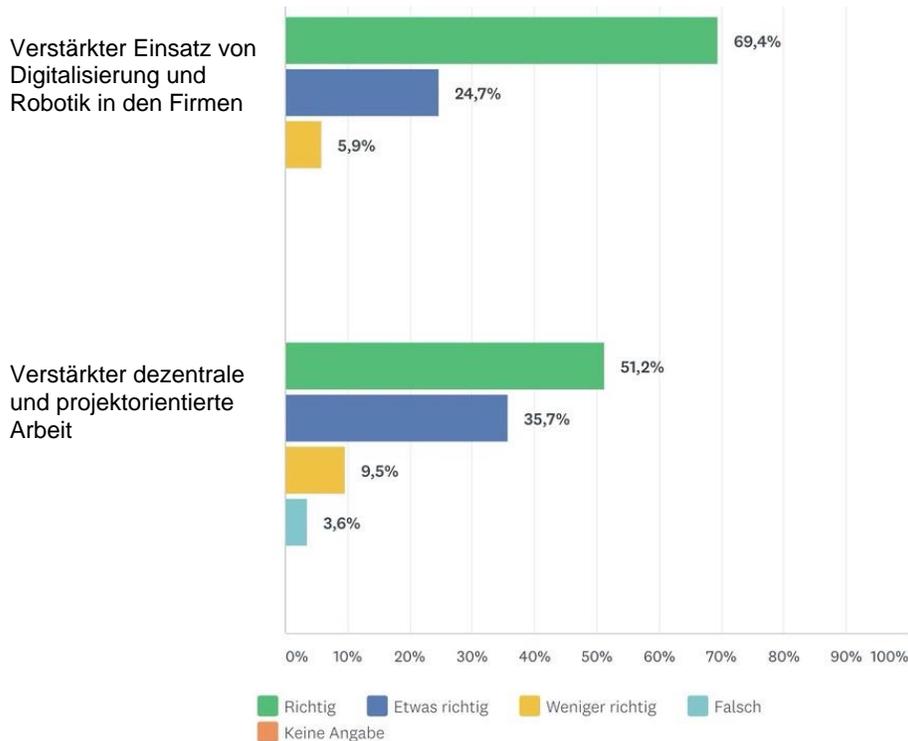
Mehr als drei Viertel (78 Prozent) gibt sich in der Umfrage überzeugt, dass es künftig über die Krise hinaus schnellere Veränderungsprozesse in den Unternehmen geben wird. Über die Hälfte (51 Prozent) hält hierfür eine verstärkte dezentrale und projektorientierte Arbeit für unabdingbar. Bemerkenswerte 87 Prozent sind der Überzeugung, dass diese „neue Arbeitswelt“ althergebrachter Hierarchien zumindest teilweise ablösen wird.

Der Zwang zur Veränderung wird vor allem durch den Megatrend der Digitalisierung ausgelöst, bestätigt die Umfrage eine Entwicklung, die schon lange vor Corona eingesetzt hat. 94 Prozent der befragten Manager und Unternehmer gehen von einem verstärkten Einsatz der Digitaltechnik und der Robotik in den Firmen in den 2020er Jahren aus.

Wenn für die anstehende Dekade eine steigende Arbeitslosigkeit vorausgesagt wird, hängt das also keineswegs nur mit der Coronakrise, sondern vor allem auch mit der Digitalisierung der Wirtschaft zusammen. Deutlich über drei Viertel der Befragten gehen von einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren aus.

Der Folgen der Pandemie in der Wirtschaft werden sein:





## Geopolitische Gewinner und Verlierer

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben sich seit dem Zweiten Weltkrieg als *die* Supermacht verstanden, als Weltpolizei, als globaler Garant für Demokratie, Fairness und Weltfrieden, als größte militärische Kraft, als Führer der freien Welt und als die stärkste Wirtschaftsmacht der Erde. So politisch umstritten dieser Weltmachtanspruch vor allem außerhalb der USA schon jahrzehntelang war, in der Corona-Krise erlebt die Welt geradezu eine Implosion der Supermacht.

Die Pandemie stürzt das Land in die größte Krise seit der Großen Depression, die mit dem Crash an der New Yorker Börse 1929 ihren Anfang nahm. Anders als in früheren Weltkrisen fällt die USA 2020 als globale Führungsmacht komplett aus. Das Ende des US-amerikanischen Zeitalters wurde schon oft beschworen, doch nie zuvor waren die Zeichen der Krise so deutlich wie 2020. Gleichzeitig beginnt sich der schon lange vorhergesagte Aufstieg Chinas zur neuen globalen Supermacht in der Krise aufzutun. Das Virus verbreitete sich von einem Wildtiermarkt im chinesischen Wuhan um die ganze Welt, aber China gelang es als erste Nation auf dem Globus, die Pandemie (vorläufig) einzudämmen.

Dann belieferte das Land die USA per Luftbrücke mit einfachsten, aber dennoch knappen Produkten: Fieberthermometer, Masken und Schutzkittel. Es kommt einem Offenbarungseid gleich, wenn sich die vermeintliche Supermacht USA vom Erzrivalen China wie ein Entwicklungsland versorgen lassen muss. Die Luftbrücke ist eine Geste der Menschlichkeit, aber sie ist zugleich ein unübersehbares Signal für die Verschiebung der globalen Machtverhältnisse. Das Gesundheitssystem in den USA war offenbar ungenügend vorbereitet auf eine grassierende Virusinfektion und das Krisen-Management der US-Regierung entpuppte sich gelingsagt als tragikomische Katastrophe unter dem Egomane Donald Trump, der noch am 26. Januar 2020 – sechs Tage, nachdem der erste Corona-Fall in den USA entdeckt wurde – auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos verkündete: „Wir haben die Lage vollkommen unter Kontrolle.“

Die aufstrebende Supermacht China wird das durch den Totalausfall der USA entstandene Vakuum zu nutzen wissen, weit über die Dekade der 2020er Jahre hinaus. Über Jahrzehnte hinweg war das Handeln der chinesischen Regierung auf einen Stichtag ausgerichtet: den 1. Oktober 2049. An diesem Tag feiert die Volksrepublik China ihren 100. Geburtstag. Staatspräsident Xi Jinping scheint fest entschlossen, sein Land bis dahin zur Nummer 1 auf der Welt zu machen: wirtschaftlich, technologisch und militärisch. Um sein Ziel zu erreichen, bleiben ihm also weniger als 30 Jahre, in denen es ihm gelingen muss, die USA zu überrunden, um den Sieg davonzutragen. Die Pandemie 2020 ist in diesem Sinne ein Glücksfall für Xi Jinping, weil sie die USA viel stärker schwächt als die Volksrepublik.

China wird als größter Gewinner aus der Krise 2020 hervorgehen, ist mehr als ein Drittel (35) Prozent der von Diplomatic Council und UnitedInterim befragten Unternehmer und Manager fest überzeugt. Als klaren Verlierer stufen 40 Prozent die Vereinigten Staaten von Amerika ein. Deutschland, Österreich und die Schweiz liegen laut Umfrage im Mittelfeld.

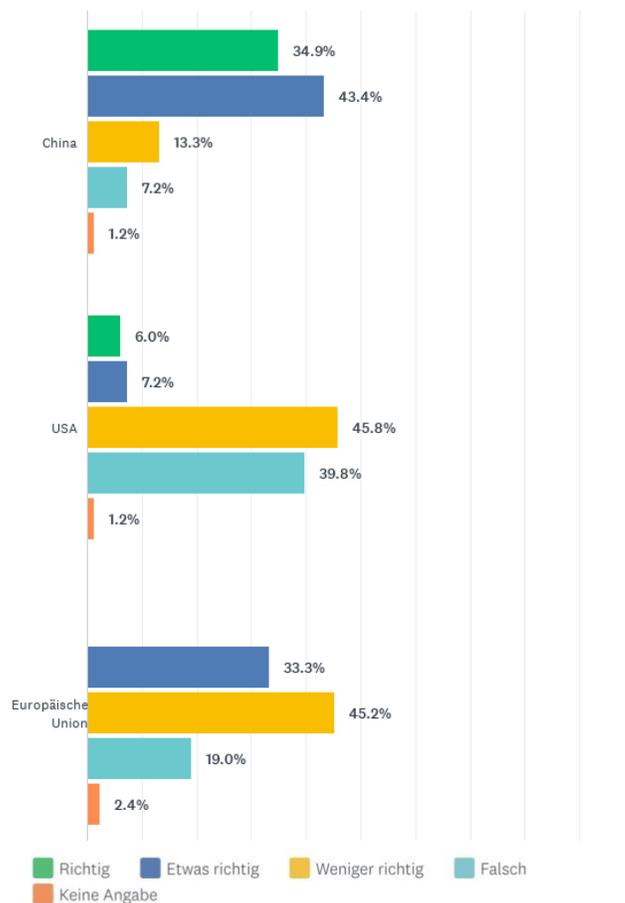
Bemerkenswerte 71 Prozent der Befragten sehen Deutschland jedenfalls nicht unter den Krisenverlierern. 16 Prozent sind sogar fest davon überzeugt, dass die Bundesrepublik gestärkt aus der Pandemie hervorgehen wird. 55 Prozent erwarten zumindest eine teilweise gestärkte Position nach dem Crash.

Für Österreich sind 59 Prozent der Befragten optimistisch, 10 Prozent sogar sehr optimistisch, dass das Land gestärkt aus der Krise hervorgeht.

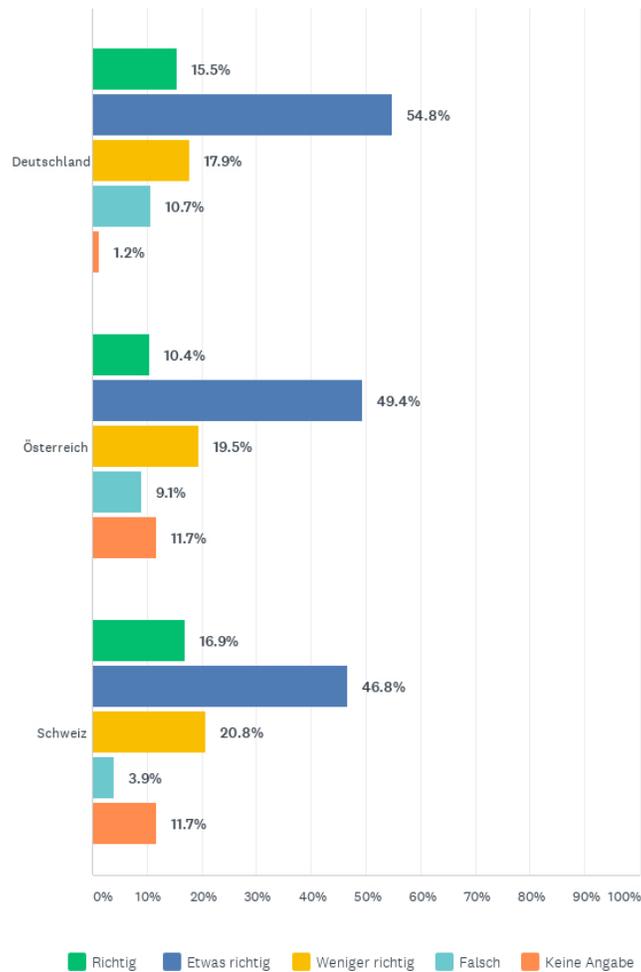
Für die Schweiz erwarten 64 Prozent der Befragten eine zumindest teilweise stärkere Position nach der Pandemie. 17 Prozent sind sogar fest überzeugt, dass die Schweiz zu den Corona-Gewinnern gehören wird.

Düster sieht es hingegen laut Umfrage für die Europäischen Union aus. 64 Prozent der Manager und Unternehmen vertreten die Auffassung, dass die EU in der Krise nachhaltig geschwächt wird. Lediglich ein Drittel ist in Bezug auf die Rolle der EU in der Weltpolitik und Weltwirtschaft nach der Krise verhalten optimistisch.

Diese Länder werden gestärkt aus der Krise hervorgehen:



Diese Länder werden gestärkt aus der Krise hervorgehen:



## Die nächste Katastrophe

Deutschland führte schon im Jahr 2007 eine bundesweite Pandemie-Großübung durch. Man hätte also auf das Jahr 2020 besser vorbereitet sein können. Doch die Wahrscheinlichkeit einer tatsächlichen Pandemie galt bis Ende 2019 als vernachlässigbar – ein Fehler, wie wir heute alle wissen. Doch was wird – wenn wir Corona überwunden haben – die nächste Katastrophe sein, auf die wir dann hoffentlich besser vorbereitet sein werden?

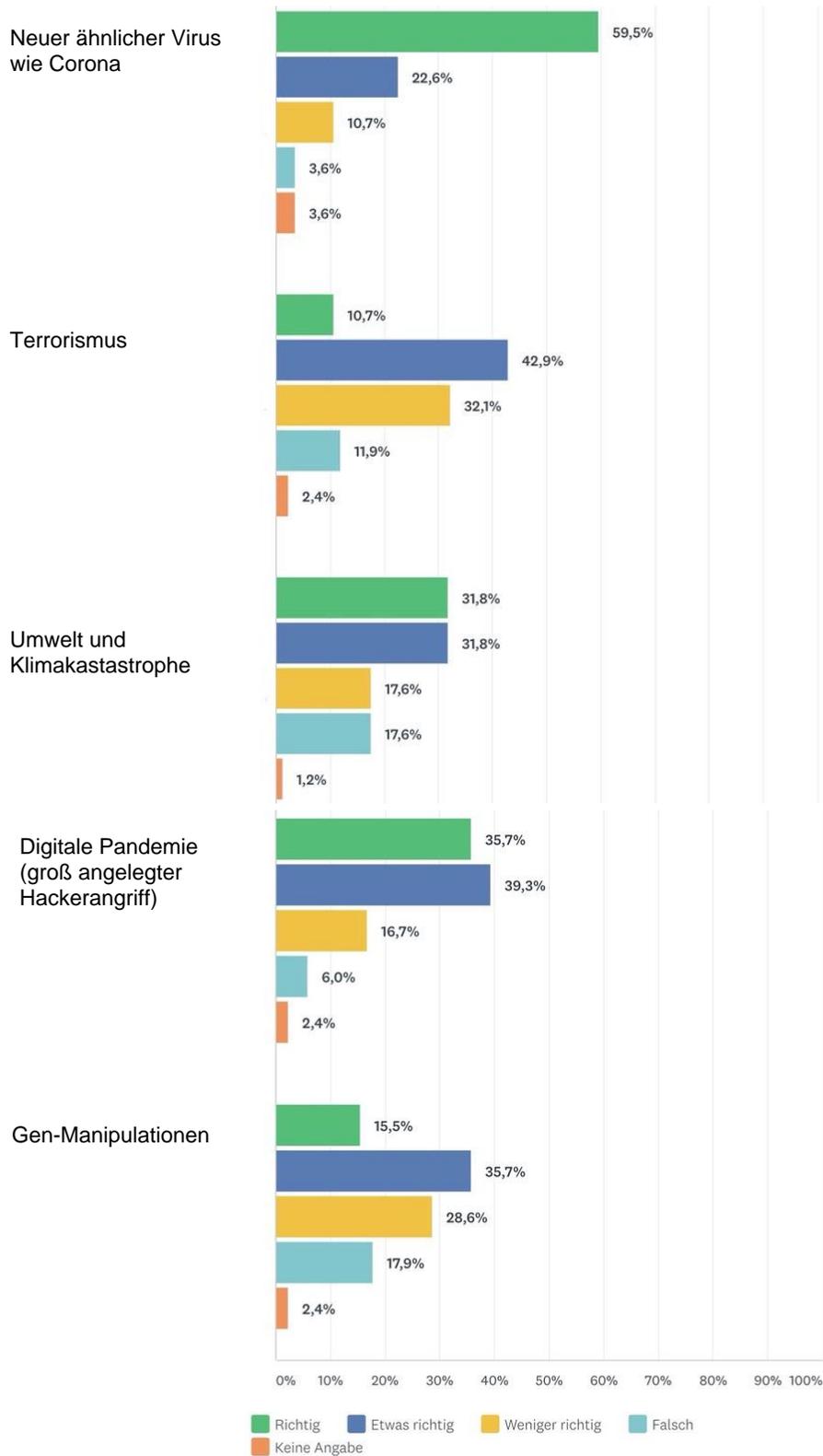
Der in der Katastrophe 2020 berühmte gewordene Chef-Virologe der Charité in Berlin, Christian Drosten, gab auf die Frage „Gilt in Zukunft: Nach der Pandemie ist vor der Pandemie?“ eine klare Antwort: „Es wird wieder eine kommen, das

muss jetzt endgültig verstanden worden sein. Und es wird wieder eine Infektion der Atemwege sein.“<sup>20</sup> Freilich erscheint es viel wahrscheinlicher, dass die nächste Katastrophe, die über uns hereinbricht, gar keine Pandemie ist, sondern ein globaler Hackerangriff, das Kippen unserer Umwelt oder – was kaum jemand auf dem Radar hat – ein fataler Fehler in der Genforschung ist. Die Zerstörung unserer digitalen Infrastrukturen und das Umkippen der Natur durch überbordernde Umweltverschmutzung werden seit langem vorausgesagt – genau wie die Pandemie.

Die Genforschung, also Manipulationen am Erbgut von Pflanzen, Tieren und eben auch Menschen, birgt viele Chancen, aber ebenso viele Risiken, derer sich abgesehen von einigen Wissenschaftlern weder Politik noch Gesellschaft ernsthaft bewusst sind.<sup>21</sup> Wissenschaftler rund um den Erdball sind seit Jahren in Experimenten damit beschäftigt, genetische Codes zu manipulieren, mutmaßlich schädliche Teile herauszunehmen und vermeintlich gute Teile in die Helix einzusetzen, um das entstehende Leben - Pflanze, Tier, Mensch - zu verändern<sup>22</sup> Grobe Fehler bei diesen Entwicklungen könnten zu einer Situation führen, angesichts der die Pandemie 2020 rückblickend wie die Goldenen Zeiten erscheinen mögen. Möglicherweise geprägt von den aktuellen Ereignissen geben sich in der Umfrage von Diplomatic Council und UnitedInterim 60 Prozent der Führungskräfte und Unternehmer fest davon überzeugt, dass die größte Gefahr von einem weiteren und ähnlichen Virus wie Corona ausgeht. Ein weiteres knappes Viertel hält dieses Szenario immerhin für möglich.

Drei Viertel hält hingegen eine digitale Pandemie, also einen groß angelegten Angriff durch Computerhacker, für wahrscheinlich. Mehr als ein Drittel (36 Prozent) ist sogar fest überzeugt, dass Attacken auf die digitalen Infrastrukturen das nächste Krisenszenario darstellen werden. Ein knappes Drittel (32 Prozent) sieht die größte Gefahr hingegen in einer Umwelt- und Klimakatastrophe. Von einer Gefährdung durch Gen-Manipulationen sind 16 Prozent der Befragten überzeugt, 11 Prozent stufen den Terrorismus als ernsthafte Gefahr ein.

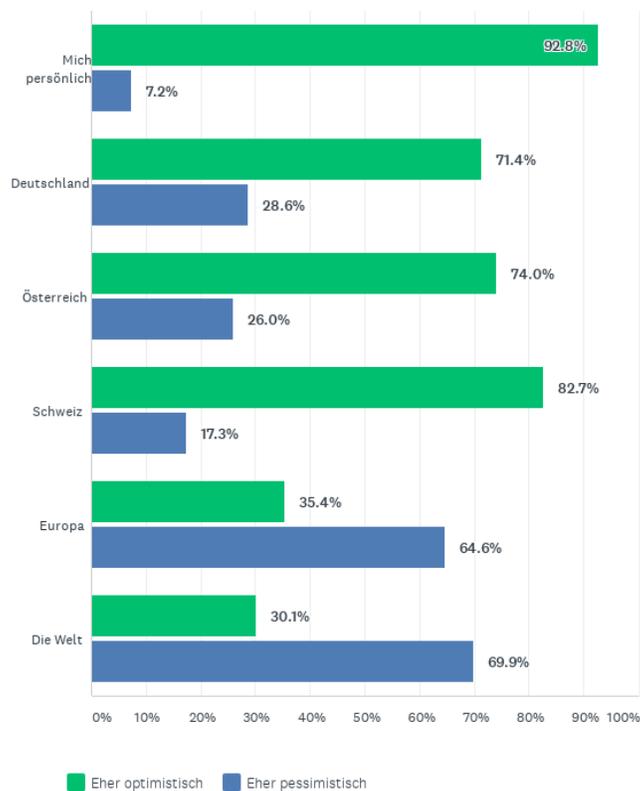
Die Gefahrenstellen sehe ich für die nächste Katastrophe (die hoffentlich ausfällt):



## Optimismus überwiegt

Die meisten der von Diplomatic Council und UnitedInterim befragten Führungskräfte und Unternehmer sind in Bezug auf sich selbst und den deutschsprachigen Raum, also Deutschland, Österreich und die Schweiz, überwiegend optimistisch. In Bezug auf Europa insgesamt und die ganze Welt hingegen ist die Stimmung eher pessimistisch.

F13 Für die Zukunft bin ich für



## Schwarzer Schwan voraus

Eine Pandemie, die sich über die gesamte Menschheit ausbreitet – das war ein unwahrscheinliches Szenario, das höchstens für ein Hollywood-Drama zu taugen scheint. Und doch gab es lange vor dem Jahr 2020 ernstzunehmende Wissenschaftler, die vor eben dieser Gefahr eindringlich gewarnt hatten. Es war ein „Schwarzer Schwan“, ein Ereignis, das so unwahrscheinlich erscheint, dass man es „eigentlich“ ausschließt.

Doch wenn man die Welt genauer betrachtet, gab es in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Ereignissen, die einem schwarzen oder zumindest einem grauen Schwan nahekamen.

Terroristen entführen Passagierflugzeuge und steuern sie in die Zwillingstürme des World Trade Center in New York, die daraufhin zusammenbrechen mit rund 3.000 Todesopfern. Es war undenkbar – und doch geschah es am 11. September 2001. Ein islamistischer Terrorist lenkt einen schweren Sattelschlepper in eine Menschenmenge auf dem Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz an der Gedächtniskirche – so geschehen am 19. Dezember 2016. Niemand hatte diese Terrorvariante zuvor in Betracht gezogen; erst seitdem werden Märkte gegen Lkw-Terror durch Barrieren geschützt. Eine neonazistische Terrororganisation ermordet über acht Jahre lang in Deutschland still und heimlich Menschen mit Migrationshintergrund – unvorstellbar, bis das mörderische Treiben der NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) von 1999 bis 2007 im Jahr 2011 auffiel. Ebenso undenkbar schien lange Jahre hinweg, dass jemals ein Mitgliedsland der EU aus der Europäischen Union wieder austritt – bis uns Großbritannien eines Besseren belehrte. Was heißt das für die Zukunft? Es lohnt sich, Szenarien in Betracht zu ziehen, die so unwahrscheinlich sind, dass man sie für unmöglich hält.

Genau das will der Begriff „Schwarzer Schwan“ aussagen. Über Jahrhunderte hinweg war in Europa klar, dass ein Schwan „natürlich“ weiß ist, der „schwarze Schwan“ war der Inbegriff des Unmöglichen, sozusagen als Antipode des „weißen Schimmels“, Inbegriff des Pleonasmus. Es war ein Irrtum. Denn es gibt ihn sehr wohl, den schwarzen Schwan, auch Trauerschwan genannt – nur ist sein natürliches Verbreitungsgebiet in Australien und Neuseeland – damals zu weit weg, um wahrgenommen zu werden, heute, im Zeitalter der Globalisierung, praktisch um die Ecke – und zwischenzeitlich sogar in einigen Gegenden Europas.

So kann das Undenkbare, das scheinbar Unmögliche, zur Realität werden. Die Ereignisse der letzten Jahre haben gezeigt, dass es für Politik wie Gesellschaft, für die Gemeinschaft wie für jeden einzelnen sehr wohl sinnvoll ist, gelegentlich das Undenkbare zu denken und sich die Frage zu stellen, wie wir als Gemeinschaft und wie man selbst auf den Fall, der „eigentlich“ niemals eintreten kann, vorbereitet ist.

## **Ausblick**

Die Katastrophe 2020 wird in die Geschichtsbücher eingehen und noch in Jahrzehnten Gesprächsthema sein. Die Diplomatic Council Analyseserie „Post Corona“ geht den Auswirkungen auf die 2020er Jahre bis 2030 und teilweise darüber hinaus auf unterschiedlichen Feldern nach. Folgende Themen werden in der Reihe abgehandelt:

- Politik
- Erosion des Rechtsstaats
- Gesellschaft
- Wirtschaftskatastrophe
- Totalstopp für das öffentliche Leben
- Internationale Institutionen
- China vs. USA
- Big Step für Big Brother
- Social Distancing
- Welt ohne Bargeld
- Sport ist Mord
- Sternstunde der Logistik
- Gute Zeit für die Umwelt
- Digitalisierung kommt mit Macht
- Medien - Gewinner und Verlierer
- Gefahrenstellen Genetik

Einige Themengebiete sind sehr umfangreich und werden daher in zwei, drei oder vier Analysen aufgeteilt.

Sachliche Anmerkungen, konstruktive Kommentare, Belobigungen und Kritik werden unter [analyse@diplomatic-council.org](mailto:analyse@diplomatic-council.org) gerne entgegengenommen.

Für alle DC Analysebulletins gilt: Sie sind ausschließlich für die Mitglieder des Diplomatic Council zur Lektüre freigegeben. Die Weitergabe an andere Personen,

Unternehmen, Organisationen oder Institutionen oder die Veröffentlichung auch auszugsweise ist strikt untersagt. Die einzige Ausnahme stellt das hier vorliegende Bulletin dar, das zusätzlich allen Teilnehmern, die von Seiten des DC Firmenmitglieds UnitedInterim an der Umfrage teilgenommen haben, kostenfrei zur Verfügung gestellt wird.

## Quellennachweise:

- 1 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/ansprache-der-kanzlerin-1732108>
- 2 <https://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/grossbritannien-und-das-coronavirus-mit-boris-johnson-liegt-ein-ganzes-land-auf-der-intensivstation/25723928.html>
- 3 <https://www.merkur.de/politik/coronavirus-usa-donald-trump-new-york-plan-news-aktuell-infektionen-tote-fehler-fallzahlen-zr-13640823.html>
- 4 <https://www.wsws.org/de/articles/2020/03/26/indi-m26.html>
- 5 <https://www.tagesschau.de/ausland/orban-eu-corona-101.html>
- 6 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/corona-krise-in-israel-benjamin-netanyahu-der-corona-diktator-a-ec6fa9cb-69ff-4abd-b974-fd5f58ed5513>
- 7 <https://www.tagesspiegel.de/politik/vereinte-nationen-im-kampf-gegen-die-pandemie-die-coronakrise-ist-ein-fall-fuer-den-un-sicherheitsrat-geworden/25787614.html>
- 8 <https://www.spiegel.de/politik/die-who-china-und-die-attacke-von-donald-trump-a-5bd22fff-ddff-4677-9904-563967a20dad>
- 9 <https://www.tagesschau.de/inland/corona-ausbruch-deutschland-rekonstruktion-101.html>
- 10 <https://www.spiegel.de/politik/die-who-china-und-die-attacke-von-donald-trump-a-5bd22fff-ddff-4677-9904-563967a20dad>
- 11 <https://www.heise.de/tp/features/Coronavirus-Das-Versagen-der-alternativen-Medien-4695112.html>
- 12 <https://www.nzz.ch/feuilleton/covid-der-virus-stuerzt-westliche-demokratien-in-den-abgrund-ld.1554390>
- 13 <https://www.businessinsider.com/nearly-half-of-reopen-america-twitter-accounts-are-bots-report-2020-5?r=DE&IR=T>
- 14 <https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-03/coronavirus-krise-rettungsprogramme-inflation-5vor8>
- 15 <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Twitter-Mitarbeiter-koennen-fuer-immer-Homeoffice-machen-4719946.html>
- 16 <https://www.bloomberg-com.cdn.ampproject.org/c/s/www.bloomberg.com/amp/news/articles/2020-04-10/apple-google-bring-covid-19-contact-tracing-to-3-billion-people>
- 17 <https://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1803515/>
- 18 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-krise-droht-eine-revolution-der-mittelschicht-a-b900b343-fa69-4fb6-98e2-bb0fe4e3615c>
- 19 <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/deutschland-generation-mitte-fuerchtet-den-wirtschaftsabschwung-a-1286119.html>
- 20 <https://www.stern.de/gesundheit/virologe-christian-drosten---wir-haben-in-deutschland-einige-vorteile-gegenueber-anderen-laendern--9190450.html>
- 21 <https://www1.wdr.de/wissen/mensch/gen-schere-diskussion-100.html>
- 22 <https://www.spiegel.de/thema/genforschung/>